

09.06



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Intensivlandwirtschaft dezimiert Meeres- und Avifauna
Kommt Gentechnik über nachwachsende Rohstoffe?
Beinahe-GAU deckt AKW-Sicherheitslücken auf
Keine Fortschritte bei Beteiligungsrechten**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 12 (2006), Heft 09
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Nehle Hoffer (nh), Eva Zinecker (ez), Ma-
thias Rösch (mr)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreutzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Der deutsche EU-Vorsitz rückt näher

Liebe Leserinnen und Leser,

dass die Sommerpause vorbei ist, signalisiert uns nicht nur das Wetter. Auch das politische Deutschland ist Anfang September schlagartig aus der August-Lethargie zurückgekehrt und diskutiert über Terrorismus, Gesundheitspolitik und die Nachwehen der Fußball-WM. Weitgehend unbemerkt bleiben dagegen die Schatten, die ein politisches Großereignis voraus wirft: In der ersten Hälfte 2007 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union. Die deutsche Regierung bestimmt dann die Agenda der EU und kann eigene Impulse setzen. Das ist gerade in der Umweltpolitik, die bereits zu 80 Prozent europäisiert ist, bedeutsam. Und da Deutschland nun mal das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land der EU ist, kommt dieser Präsidentschaft besonderes Gewicht zu.

Was können wir als Naturschutz- und Umweltverbände von der deutschen Präsidentschaft erwarten? Kanzlerin Angela Merkel will ihre Pläne und Prioritäten erst im Herbst auf den Tisch legen. Sehr wahrscheinlich wird das Thema Energiepolitik eine zentrale Rolle spielen. Ölpreisrekorde, Nahostkonflikt und angebliche Abhängigkeit vom russischen Gas haben die Europäer/innen aufgeschreckt. Im Grunde ist eine solche Diskussion zu begrüßen, doch es besteht die große Gefahr, dass sich die Debatte auf Sicherheitsfragen verengt. Auch die Rückkehr der Atomenergie ist längst nicht vom Tisch. Dabei birgt das Thema große Chancen: Beschlüsse die EU eine wirklich zukunftsfähige Energiepolitik - mit Fokus auf Effizienz, Erneuerbaren und Einsparungen - könnte sie tatsächlich globaler Vorreiter werden.

Als Schreckgespenst geistert derzeit das Thema „bessere Gesetzgebung“ durch die Flure der Verwaltung. Die EU soll schlanker und effizienter werden und nur noch regeln, was wirklich notwendig ist. Was sich zunächst sinnvoll und logisch anhört, entpuppt sich schnell als trojanisches Pferd. Denn so mancher versteht darunter nichts anderes als eine rücksichtslose Orientierung an rein ökonomischen Prinzipien. Die EU soll fit gemacht werden für den globalen Wettbewerb mit den USA, China oder Japan. Alles, was nicht diesem Ziel dient, ist hinderlich und muss weg. Schon prangern Industrier-

bände Naturschutzregelungen als Hindernis an und fordern, die Natura-2000-Richtlinie einzuschränken. So manche Regierung, wie etwa die polnische, stößt in dasselbe Horn. Ob sich die Deutschen während ihrer EU-Präsidentschaft darauf einlassen, ist noch nicht ausgemacht. Vieles wird davon abhängen, wie sich die politischen Interessenverbände positionieren.

Damit kommt den deutschen Umweltverbänden eine große Verantwortung für die gesamte europäische Umwelt zu. Unsere Botschaft ist klar: Wir wollen ein soziales und ökologisches Europa. Dass dies kein Widerspruch zu wirtschaftlichen Zielen sein muss, können wir mit Fakten belegen - sowohl in der Energiepolitik, bei der es langfristig keine ökonomisch sinnvolle Alternative zur Energiewende gibt, als auch in der Biodiversitätspolitik. Denn eine intakte Natur garantiert auch sauberes Wasser, Rohstoffe und Erholung.

Für die EU-Koordination des DNR hat die heiße Phase der Vorbereitungen für die Präsidentschaft schon begonnen. Neben der aktuellen Informations- und Koordinationspolitik sind zahlreiche Veranstaltungen in der Planung: Capacity-building-Workshops, Hintergrundgespräche mit Politiker/innen und eine große internationale Konferenz vom 18. bis 20. Oktober in Berlin. Es gilt, die Agenda schon im Vorfeld zu beeinflussen. Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung ernsthaft zu einer ökologischen Nachhaltigkeitspolitik bekennt, und diese auch auf europäischem Parkett voranbringt. Sollte sie den umweltpolitischen Rückwärtsgang einlegen, werden wir einen europaweiten kollektiven Aufschrei organisieren.

Damit es nicht dazu kommt - bringen Sie sich ein! Wir zählen auf Sie. Aktuelle Informationen erhalten Sie auf der DNR-Internetseite www.eu-koordination.de oder direkt bei uns.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieses Deutschland-Rundbriefes, und bitte lesen Sie auch unser EU-Rundschreiben - gerade jetzt!

Markus Steigenberger
Leiter der EU-Koordination des DNR seit dem 1. August 2006

2 Impressum

3 Editorial

- Der deutsche EU-Vorsitz rückt näher

5 Verbände, Ehrenamt

- BUND und NABU legen Jahresberichte vor
- Nachruf auf Jost Peter Weiß
- Kurzmeldungen: Ehrenamts-Archiv, DBU-Bilanz
- Lesenswert: Geschlechtersensible Arbeit im Umweltschutz

7 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Agro-Gentechnik durch die Hintertür von Gerald Wehde, Bioland
- Deutsche Agrarsubventionen sollen Geheimnis bleiben
- ELER-Fonds gekürzt - Streit um Mittelverteilung
- Ökobranche weiter gewachsen
- Mit Protestballons gegen das neue Gentechnik-Gesetz
- Kurzmeldungen: Gentechnikgesetz, Feldbefreiung, Genkartoffeln, Hilfslieferungen, Allergieplan, Verbrauchergesetz
- Lesenswert: Risiko-Datenbank, Genfood-Ratgeber

12 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Umweltberater fordern Optimierung der Gelben Tonne
- EU-Kommission lobt deutsches Verpackungsrecycling

- Muttermilch mit PFT belastet
- Industrie bezahlte amtliche Giftforschung
- Kurzmeldungen: Schadstoffregister, Handy-Studie

14 Energie, Klima

- DNR fordert Kurswechsel der deutschen Energiepolitik
- BDI und DGB fordern nationales Energiekonzept
- Buchpreis „Lesen für die Umwelt“
- Hitzewelle verteuert Atom- und Kohlestrom
- Unfall in Gronauer Urananreicherungsanlage
- AKW-Sicherheitsdebatte nach Beinahe-GAU in Schweden
- Lesenswert, sehenswert: Energiespartipps, Arbeitslosigkeit, Al-Gore-Film

18 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Neue Bestimmungen für Öffentlichkeitsbeteiligung
- Föderalismusreform ändert Umweltrecht
- Lesenswert: Elementarerfahrungen, Vordenker/innen, Solidarwirtschaft

20 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Bund übergibt Flächen für den Naturschutz
- Floß-Infotour zur Papierproduktion
- Waldbericht nur noch alle vier Jahre
- Länderübergreifendes Wildtiermanagement gefordert

- Ein Fünftel aller Vogelarten bedroht
- Käfighaltung jetzt in Kleinvögeln
- Kurzmeldungen: Förderpreise, Sumpfschildkröten
- Lesenswert: Grünlandprogramme, Jahresbäume

23 Verkehr, Tourismus

- Masterplan für Güterverkehr in Arbeit
- Protest gegen Steuergelder für Fluggesellschaften
- Schwarzbauversuch in den Alpen gescheitert
- Kurzmeldungen: Transrapid, Schienenlärm, Dresden, Natururlaub
- Lesenswert: ÖPNV-Strategien

25 Wasser, Meere

- Tiere der Ostsee von Hitze und Landwirtschaft bedroht
- Gutachten zu deutschen Seehäfen
- Kurzmeldungen: Elbe-Ausbau

26 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

BUND und NABU legen Jahresberichte vor

„Viele Mitglieder und Spenden sichern die politische Unabhängigkeit“

Im vergangenen Jahr hat der BUND 392.000 Mitglieder gezählt und über sechs Millionen Euro Spenden eingenommen. Laut Jahresbericht 2005 des Verbandes, der im Juli veröffentlicht wurde, stammten mehr als achtzig Prozent der Ausgaben aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Dieses Verhältnis garantiere die politische Unabhängigkeit des Verbandes, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. Der größte Teil der Einnahmen wurde für Naturschutzprojekte, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt. 6,3 Prozent der Ausgaben gingen in die Verwaltung.

Der NABU konnte seine Mitgliederzahl 2005 gegenüber dem Vorjahr auf knapp 400.000 steigern. Mit über 12,7 Millionen Euro hatten die Mitgliedsbeiträge den größten Anteil an den Gesamteinnahmen von knapp 17,8 Millionen Euro. Auch beim NABU betrug die Verwaltungsausgaben gut 6 Prozent der Gesamtausgaben. 6,5 Millionen flossen in die Arbeit der Aktiven. „Überall in Deutschland arbeiten Menschen im NABU dafür, dass sich auch künftige Generationen noch an einer intakten und artenreichen Umwelt erfreuen können“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Lob für Erhalt des „Grünen Bandes“ als Nationales Naturerbe

Beide Verbände hoben lobend hervor, dass Union und SPD im Koalitionsvertrag beschlossen haben, die bundeseigenen Flächen des einstigen deutsch-deutschen Grenzstreifens als „Nationales Naturerbe“ unentgeltlich an die Länder zu übertragen. Damit seien 125.000 Hektar wertvoller Naturschutzflächen nicht privatisiert, sondern dauerhaft gesichert worden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Naturschutzbund (NABU), Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Jost Peter Weiß gestorben

Nachruf des DNR-Präsidiums

Mit großer Trauer haben wir den Tod des Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde und Förderer des DNR und langjährigen Vertreters des Mitgliedsverbandes Wilhelm-Münker-Stiftung Jost Peter Weiß zu beklagen. Er starb am 16. August 2006 im Alter von 68 Jahren nach langer, schwerer Krankheit. Seit der Gründung 1981 war er Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde und Förderer des DNR und unterstützte die Arbeit des DNR in vielfältiger Weise. Auch als Notar hat er dem DNR stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Als Geschäftsführer der Wilhem-Münker-Stiftung verwirklichte Jost Peter Weiß viele Ideen Wilhelm Münkers. Besonders die Bereiche Wandern, Wald und Gesundheit, das Wandern der Jugend und das Schulwandern lagen ihm am Herzen. Der Einsatz für den Laub- und Mischwald, die Abwehr der zunehmenden Verfrachtung des Waldbodens z. B. durch Aufklärungsaktionen, über moderne Durchforstungsmethoden sowie Werbung für die Buche waren Jost Peter Weiß ein für den Schutz der Umwelt besonders wichtiges Anliegen.

Engagement für Naturschutz und Denkmalpflege

Jost Peter Weiß arbeitete außer für den Naturschutz auch für die Denkmalpflege. Dabei trat er Fehlentwicklungen mutig entgegen und hielt an einer als richtig erkannten Auffassung auch dann fest, wenn die Zahl der Gegner übermächtig zu werden schien. Seine Sorge galt besonders der freien Landschaft, denn in so mancher modernen Entwicklung sah er eine Gefahr für unberührte Kulturlandschaften.

In zahlreichen Verbänden übernahm er wichtige Funktionen und wirkte engagiert mit: Deutsches Jugendherbergswerk, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Landschaftspflege, Sauerländischer Gebirgsverein, Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein, Vereinigung Deutscher Gewässerschutz. Er gründete die „Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Landschaftspflege“, die „Aktionsgemeinschaft Naturpark Rothaargebirge“, den „Aktionskreis Jugend und Rauschmittel“.

Zwei Bücher über die Bedeutung des Wanderns erinnern an Weiß

Für Natur- und Herbergsfreunde, Lehrer und Wanderführer hat Jost Peter Weiß die Gedanken, Anregungen und Forderungen Wilhelm Münkers zur gesunden Lebensweise und zur Bedeutung des Wanderns in zwei kleinen Büchern herausgegeben.

Wir denken in Dankbarkeit an einen guten Freund und Weggefährten. ■

Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Kurzmeldungen

eco-Archiv fördert und bewahrt ehrenamtliches Engagement

Das eco-Archiv in Hofgeismar im Landkreis Kassel sammelt Fotos, Plakate, Flugblätter und Texte z. B. über Umwelt- und Naturschutz, Tourismus oder zur Anti-Atom-Bewegung. Der Schwerpunkt liegt beim bürgerschaftlichen Engagement, das sonst meist nicht archiviert wird. Die Sammlung will verhindern, dass Bürgerinitiativen, die es nicht mehr gibt, vergessen werden. Ziele sind außerdem, der ökologischen Debatte ein historisches Fundament zu verschaffen und Menschen zur bürgerrechtlichen Teilhabe zu ermutigen. Das eco-Archiv ist das Studienarchiv des Vereins „Arbeiterkultur und Ökologie“. Auch der DNR lässt beim eco-Archiv archivieren. (mbu)
 ● eco-Archiv, Tel. 05671 / 920885, eMail: eco-archiv@t-online.de, www.eco-archiv.net

DBU zieht Bilanz 2005

Im Jahr 2005 gingen bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) über 1000 Anträge auf Projektförderung ein. Ein Drittel dieser Anfragen hatte Erfolg bei der DBU und wurde mit insgesamt rund 45,7 Millionen Euro unterstützt. Das geht aus dem Jahresbericht 2005 der Stiftung hervor. Er enthält eine Liste aller geförderten Projekte und Stipendien. Außerdem beinhaltet der Bericht Beschreibungen der Schwerpunkte der Fördertätigkeiten und liefert Beispiele für Projektergebnisse. Der Förderbereich erstreckte sich von der Sanierung eines Fachwerkhauses über den ökologischen Anbau von Zuckerrüben bis hin zum Korrosionsschutz durch Silikate. Der Jahresbericht bietet auch einen Überblick über die DBU selbst, den Finanz- und Wirtschaftsbericht der Stiftung und eine Zusammenfassung der Veranstaltungen und Aktivitäten. Der Bericht ist als Buch und als CD-Rom erhältlich. Die DBU ist eine der größten Stiftungen Europas. (nh)
 DBU, Osnabrück, Tel. 0541 / 96330, Fax -190, eMail: info@dbu.de, www.dbu.de; Jahresbericht 2005, 194 S., kostenlos ■

Lesenswert

Geschlechtersensible Arbeit im Natur- und Umweltschutz

Der DNR hat eine Dokumentation, vier Handreichungen und eine Plakatreihe zu seinem Projekt „Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur und Umweltschutz“ veröffentlicht. Das von BMU und UBA geförderte Projekt hatte zum Ziel, Gender-Mainstreaming-Aktivitäten¹ in den Natur- und Umweltschutzverbänden zu verstärken und anzuregen. In dem Projektzeitraum von Frühjahr 2004 bis Sommer 2006 sollten Möglichkeiten zur Einbeziehung von Gender-Aspekten in die tägliche Arbeit entwickelt und verankert werden.

Die Dokumentation stellt den Abschlussbericht des Projekts dar. Sie liefert Hintergrundinformationen zu „Gender Greenstreaming“ und erläutert, warum Gender Mainstreaming im Umwelt- und Naturschutz wichtig ist. Der Bericht enthält außerdem eine Beschreibung des Projektes, er zieht Bilanz und zeigt weitere Ausbaumöglichkeiten der Geschlechtergerechtigkeit im Umweltschutz.

Die vier Handreichungen widmen sich den Themen Bildung, Verbandsentwicklung, Projektanträge und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Handreichung zum Thema Bildung trägt den Titel „Gestaltung einer gendersensiblen Bildungs- und Gruppenarbeit“. Sie bietet Anregungen zur Umsetzung einer solchen Arbeit. Ziel ist es, Akteure in der Umweltbildung für Gender-Themen zu sensibilisieren und Gender-Kompetenzen zu stärken.

Die Handreichung zur Verbandsentwicklung „Gender als Qualitätsmerkmal in der Organisation“ stellt das innerhalb des Projektes entwickelte Verfahren der Prozessschrittanalyse in Kombination mit Leitfragen vor. Die Leitfragen sollen es erleichtern, reflexiv über verbandseigene Arbeitsabläufe und -strukturen nachzudenken. Außerdem wird eine Auswahl an Instrumenten zur Überprüfung von Organisationsstrukturen vorgestellt.

Hinter dem Titel „Gender in Projektanträgen“ verbirgt sich die dritte Handrei-

chung. Sie will den Antragstellern aus den Verbänden die Einbeziehung der Gender-Perspektive bei der Projektbeantragung, -planung und -durchführung erleichtern.

Geschlechterzuschreibungen sind sozial und kulturell geprägt. Geschlechterrollen ändern sich im Laufe der Zeit. Die Handreichung zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Gender „Chancen geschlechtergerechter Öffentlichkeitsarbeit und gendersensibler Mediengestaltung in Natur- und Umweltschutz“ liefert Hintergrundinformationen für neue Perspektiven der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. (nh)

Dokumentation: Vielfältig, kooperativ und geschlechtergerecht - Natur- und Umweltschutzverbände auf dem Weg, 52 S.; Download (350 kB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_gender_abschlussbericht.pdf

Handreichung: Gender als Qualitätsmerkmal in der Organisation von Natur- und Umweltschutzverbänden, 16 S.; Download (120 kB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_organisationsentwicklung_gender.pdf

Handreichung: Gestaltung einer gendersensiblen Bildungs- und Gruppenarbeit in Handreichung: Natur- und Umweltschutzverbänden, 24 S., Download (370 kB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_bildung_gender.pdf

Handreichung: Gender in Projektanträgen, 15 S., Bezug: DNR, Download (110 kB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_antragstellung_gender.pdf

Handreichung: Umwelt und Natur ge(n-der)lesen, ge(nder)hört, ge(nder)sehen?, 20 S.; Download (280 kB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_oeffentlichkeitsarbeit_gender.pdf

Plakatreihe: „Ich finde Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz wichtig, weil...“ 3 Plakate, A3 Download (3,1 MB):
www.dnr.de/dnr/projekte/userdata/13/13_dnr_plakate_web.pdf

Alle Titel: Berlin/Bonn/Lüneburg 2006; Hrsg./Bezug: DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn, Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96, eMail: sekretariat@dnr.de ■

¹ Gender (engl.): Soziale Geschlechterrolle. Gender Mainstreaming: Politik zur Geschlechtergleichstellung auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Gastbeitrag Agro-Gentechnik durch die Hintertür

von Gerald Wehde, Bioland²

Nachwachsende Rohstoffe sollen Genpflanzen hoffähig machen

Nachwachsende Rohstoffe genießen ein positives Image in der Bevölkerung. Für die Industrie könnten sie genau deshalb der Schlüssel zum großflächigen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen werden. Transparenz besteht nicht, denn gentechnisch veränderte Pflanzen zur Erzeugung von Energie und anderen Rohstoffen müssen nicht gekennzeichnet werden.

Der Bauer als Ölscheich: Nachwachsende Rohstoffe gelten als die Zukunftsperspektive der Landwirtschaft schlechthin. Sie versprechen nicht nur ein lukratives Zusatzeinkommen, sondern ersetzen fossile Brennstoffe und verringern den Treibhauseffekt. Eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsinstituts Produkt+Markt bestätigt dies. So sehen 64 Prozent der Befragten erneuerbare Energien und Biokraftstoffe als „zukunftsweisenden Weg“, um Deutschland vom Erdölimport unabhängiger zu machen. Nur 17 Prozent bewerteten dieses neue Standbein der Landwirtschaft kritisch. Im vergangenen Jahr wurden bereits auf etwa 1,4 Millionen Hektar Energiepflanzen angebaut, das entspricht rund elf Prozent der deutschen Ackerfläche. Davon entfielen 800.000 Hektar - also mehr als die Hälfte - auf Raps.

Papier aus Genkartoffeln

Angesichts dieser Euphorie steht zu befürchten, dass der boomende Anbau nachwachsender Rohstoffe zum Einfallstor für gentechnisch veränderte Pflanzen wird. Denn wenn transgene Sorten großflächig Einzug auf deutsche Äcker halten können, so das Kalkül der Gentechnik-Konzerne, dann vermutlich nicht als Lebens- oder Futtermittel, sondern viel eher als nachwachsende Rohstoffe. So propagieren Monsanto & Co. nicht nur gentechnisch veränderte Energiepflanzen,

sondern auch Kartoffeln mit verändertem Stärkehaushalt für die Papierherstellung oder Holz mit reduziertem Ligningehalt für die Zellstoffproduktion. Und schließlich Pharmapflanzen, die Medikamente bilden. Alle sollen der Agro-Gentechnik zu dem verhelfen, was ihr bisher fehlt: zu Akzeptanz bei Landwirten und Verbrauchern.

Bauernverband und Politiker werben

Aus Sicht der Agro-Industrie sind die Voraussetzungen dafür vergleichsweise gut. Nachwachsende Rohstoffe sind nicht zum Verzehr bestimmt, Verbraucher kommen mit ihnen nicht direkt in Berührung und sie müssen nicht als „Gentechnik-Rohstoffe“ gekennzeichnet werden. Unterstützt wird diese Strategie vom Deutschen Bauernverband und von der Politik. Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner sieht große Chancen darin, mit gentechnisch veränderten Sorten mehr Energie auf dem Acker zu gewinnen: „Mit dem Herzen stehe ich dafür, dass wir die Option Gentechnik brauchen. Wir akzeptieren ja Gentechnik im medizinischen Bereich, wenn es Nutzen für unsere Gesundheit bringt. Und ich bin mir sicher, dass zeitversetzt auch bei der grünen Gentechnik Nutzen für den Verbraucher, für die Bevölkerung herauskommt, besonders im Umweltbereich, aber auch im Non-Food-Bereich der nachwachsenden Rohstoffe“, meinte er in einem Radio-Interview 2004.

Fachverband Biogas lehnt Sonnleitners Gentechnik-Ideen ab

Anfang des Jahres forderte Sonnleitner den Fachverband Biogas bei dessen Mitgliederversammlung in Hannover auf, die Option Gentechnik nicht völlig auszuschlagen. Gerade in der Rohstofferzeugung biete die Gentechnik große Möglichkeiten. Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben seien dabei interessante Ackerfrüchte. Aus der Sicht des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes bietet die Gentechnik große Chancen, um mehr Energie auf dem Acker zu gewinnen.

Doch der Fachverband folgte dem nicht. Auf der gleichen Veranstaltung stellte das Präsidium fest: „Der Anbau von Pflanzen für Energiegewinnung in Biogasanlagen kann in keinsten Weise von der Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft abgegrenzt werden“. Aus fachlichen Gründen und aufgrund des eindeutigen Meinungsbildes bei den Mitgliedern rät das Präsidium des Fachverbandes Biogas seinen

Mitgliedern dringend vom Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ab.

Für die Auswirkungen ist der Anwendungszweck egal

Eine richtige Entscheidung, denn eines muss klar sein: Ob Gentechnik-Pflanzen als Lebens- oder Futtermittel oder als nachwachsender Rohstoff auf den Acker kommen, spielt in Bezug auf ihre Umweltauswirkungen und ihre „Koexistenzfähigkeit“ keine Rolle. Transgene Energie-, Industrie- und Pharmapflanzen sind mindestens genauso problematisch für die Umwelt wie zu Nahrungszwecken angebaute Gentech-Saaten. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Vermischungen mit Produkten aus konventioneller und biologischer Landwirtschaft kommt, ist genauso groß.

Auch Klimawandel als Argument

Brandenburgs Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke (SPD) setzt trotzdem voll auf die Agro-Gentechnik: „Bei nachwachsenden Rohstoffen kommen wir ohne die grüne Gentechnik nicht weiter“, sagte der Minister kürzlich bei der Vorstellung der neuen Biomasse-Strategie bis zum Jahr 2010. Bundesminister Seehofer äußerte sich in einer Wochenzeitschrift vorsichtiger: Nach seiner Auffassung ändere sich die Verbraucherakzeptanz vielleicht mit der nächsten Generation gentechnisch veränderter Pflanzen. Seehofer nannte dabei die energetische Nutzung von Biomasse, die Erzeugung von Wirkstoffen für Pharmazeutika sowie stressresistente Pflanzen, die trotz Wasserknappheit gedeihen. Bundeskanzlerin Merkel sprach sich zuletzt auf dem Bauerntag in Magdeburg offen für die Agro-Gentechnik in der Medizin und bei den nachwachsenden Rohstoffen aus.

Monokulturen ziehen Maiszünsler an

Folgendes Szenario ist für den Umweltverband BUND denkbar: „Landwirte, die Biogasanlagen in industriellem Maßstab und allein nach betriebswirtschaftlichen Erwägungen betreiben, werden ihre Rohstoffe aus großen Maismonokulturen ohne Fruchtfolge beziehen und zudem auf pfluglose Bodenbearbeitung setzen, um Arbeitskräfte und Treibstoff zu sparen - beste Bedingungen, um einen starken Befall mit dem wichtigsten Maisschädling, dem Maiszünsler, herbeizuführen. Und dort, wo der Maiszünsler die Produktion von Biomasse schmälert, könnte die gentechnische Lösung des Problems, der An-

² Der Autor ist agrarpolitischer Sprecher des ökologischen Anbauverbandes Bioland, der Mitglied im DNR ist.

bau von insektengiftigem Bt-Mais, ins Spiel kommen.“

Baumwolle zeigt, wohin fehlende Kennzeichnung führt

Wie eine fehlende Kennzeichnung zu einer scheinbaren Akzeptanz führen kann, zeigt das Beispiel Baumwolle: Fast zehn Millionen Hektar (28 Prozent) der im letzten Jahr weltweit auf 35 Millionen Hektar angebauten Baumwolle sind nach Angaben des internationalen Agro-Gentechnik-Verbandes ISAAA gentechnisch verändert - aber außer denjenigen, die Öko-Textilien tragen, weiß niemand, ob die eigenen T-Shirts nun aus Gentech-Baumwolle sind oder nicht. ■

• **Weitere Informationen**

Bioland, Gerald Wehde, Fachstelle Agrarpolitik, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-20, -12, Fax -27
eMail: gerald.wehde@bioland.de
www.bioland.de

Deutsche Agrarsubventionen sollen Geheimnis bleiben

Bundesrat blockiert die von der EU gewünschte Transparenz

Anfang Juli hat der Bundesrat die Berliner Regierung aufgefordert, sich in Brüssel gegen die obligatorische Offenlegung der Agrarsubventionen für deutsche Bauern einzusetzen. Im „Grünbuch zur Europäischen Transparenzinitiative“ hatte die Europäische Kommission im Mai vorgeschlagen, die EU-Mitgliedstaaten gesetzlich zu verpflichten, die Empfänger von europäischen Fördergeldern zu veröffentlichen (siehe EUR 07.06, S. 15). Das will die Länderkammer verhindern, obwohl Deutschland zu den Staaten gehört, die die meisten Agrarsubventionen erhalten.

Über 40 Milliarden Euro gibt die EU jährlich für ihre Agrarpolitik aus. 6 Milliarden davon werden an etwa 334.000 Empfänger in Deutschland verteilt. Aus Umweltsicht fließt das Geld jedoch an die Falschen. Die Hauptempfänger der Brüsseler Finanzspritzen sind nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen nicht kleine, sondern große Betriebe und Nahrungsmittelkonzerne. Die Profiteure der Agrarsubventionen brächten allerdings keine Gegenleistungen für die Gesellschaft, sondern richteten im Gegenteil noch Schaden an, kritisierten die NGOs. Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, der zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsverbände angehören, forderte deshalb sicherzustellen, dass mit den Fördergeldern keine unsozialen und Umwelt zerstörenden Maßnahmen finanziert werden.

Elf EU-Mitgliedstaaten geben Informationen über die Subventionsempfänger heraus. Dank einer solchen transparenten Informationspolitik erfahren die Verbraucher/innen z. B. in Großbritannien, dass Prinz Charles 2003/04 fast 225.000 Euro für seine Ländereien erhielt. In den Niederlanden ist bekannt, dass der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé 2004 fast 590.000 Euro von der EU kassierte.

Bundesagrarministerium ist für „halbe“ Transparenz

Es ist offen, wie sich die Bundesregierung zu den Transparenzplänen der EU-Kommission verhalten wird. Bis Ende August sollten die Mitgliedsländer Stellung zum Grünbuch beziehen. Aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium kamen laut

Presseberichten Aussagen, die hoffen lassen. Man sei für Transparenz bei allen Subventionen, hieß es. Allerdings müsse geklärt werden, wie dabei die Persönlichkeitsrechte zu wahren seien. Das könnte bedeuten, dass künftig zwar die Höhe der Agrar-Fördergelder aus Brüssel veröffentlicht wird, aber ohne Verwendungszweck und Nutznießer zu nennen. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Tanja Dräger de Teran, WWF, Schwerpunkte WTO und EU-Agrarpolitik
Tel. 030 / 308742-13
eMail: draeger@wwf.de
www.wwf.de

www.wer-profitiert.de

Streit um Verteilung der gekürzten ELER-Fondsmittel

2 Milliarden Euro fehlen - Vertragsnaturschutz gefährdet

In Deutschland wird darüber gestritten, wie die Agrarfördermittel der EU künftig verteilt werden sollen. Die EU-Kommission hatte im Frühjahr eine 20-prozentige Kürzung für die so genannte zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU beschlossen. Das bedeutet, dass für die ländliche Entwicklungspolitik Europas in der Haushaltsperiode 2007-2013 rund 8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Aus Sicht von Naturschutzverbänden reicht das nicht, um die von der EU definierten neuen Umweltschutzaufgaben durch Natura 2000 zu finanzieren.

Naturschutzverbände wollen Ausgleich für die ländliche Entwicklung

So forderte der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) einen Ausgleich für die fehlenden 2 Milliarden Euro im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER). 300 Millionen sollten aus der ersten Säule - den EU-Direktzahlungen für die Agrarproduktion - in die zweite Säule umgeschichtet werden, damit man dem Vertragsnaturschutz gerecht werden könne. Das reicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) nicht aus. Sie fordert eine Umschichtung von bis zu 25 Prozent aus dem einen Fördertopf in den anderen. Die Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) setzt sich ebenfalls für eine stärkere Förderung von Umwelt schützenden Maßnahmen ein und verlangt die Unterstützung kleinerer bäuerlicher Betriebe statt der großen.

Umschichtung des Geldes ist möglich

Die EU erlaubt ihren Mitgliedsländern eigene Schwerpunkte zu setzen, wie sie die Agrarzuschüsse verwenden. So ist es möglich bis zu 20 Prozent Geld aus den marktbezogenen Direktzahlungen herauszunehmen und in Maßnahmen für den ländlichen Raum zu stecken. Diese Verlagerung von der ersten in die zweite Säule der GAP wird Modulation genannt.

Die Bundesländer handhaben dies unterschiedlich. Tendenziell setzt der Norden der Republik auf die großen Höfe und einen rascheren Strukturwandel und verzichtet auf eine Umschichtung. Einige Länder im Süden wollen jedoch Fondsgelder für den ländlichen Raum abzweigen.

Z. B. brauchen die Bergbauern mit kleinen Flächen die Förderprogramme, damit ihre Kühe auf den Almwiesen weiden können. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50
eMail: info@lpv.de
www.lpv.de

Euronatur - Stiftung Europäisches Naturerbe, Konstanzer Str. 22, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9272-0, Fax -22
eMail: info@euronatur.org
www.euronatur.org

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Ökobranche 2005 weiter gewachsen

Fünf Prozent mehr Ökofelder als 2004

Auch im vergangenen Jahr ist der Öko-Sektor in Deutschland gewachsen. Das geht aus den Jahresmeldungen der Länder über den ökologischen Landbau für 2005 hervor. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche erweiterte sich um 5,2 Prozent auf insgesamt mehr als 807.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Gleichzeitig stieg die Zahl der von Ökobauern bewirtschafteten Betriebe um 2,5 Prozent auf über 17.000. Der Anteil der Ökohöfe betrug damit 4,3 Prozent. Während die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland um 1,5 Prozent zurückging, konnte der ökologische Landbau hingegen wieder einen Zuwachs an Feldern und Höfen erzielen.

Umsatz mit Bio-Nahrung stieg um gut 10 Prozent

Ebenfalls weiter zugenommen hat der Verkauf von Öko-Lebensmitteln. Nach einer Studie der Marketinggesellschaft ACNielsen stieg der Umsatz mit Bio-Nahrung vergangenes Jahr um 10 Prozent. Die deutschen Öko-Anbauverbände hatten zuvor allerdings bereits kritisiert, dieser Boom gehe vor allem auf Importprodukte zurück, die nur die wesentlich schwächeren EU-Ökostandards erfüllten. Spitzenreiter in der Produktpalette waren Laut Studie Milch, Säfte und pflanzliche Brotaufstriche. Allein Biomilch erzielte bis Ende 2005 ein Umsatzplus von 5 Prozent, obwohl sie bis zu 60 Prozent teurer ist als konventionell produzierte. Die Begründung für die Umsatzsteigerung laut Studie: 20 Prozent der Verbraucher/innen wollen sich nach eigenen Angaben lieber gesund ernähren und für natürliche Produkte auch mehr bezahlen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV), Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin
Tel. 01888 / 529-3173, Fax -3179
eMail: pressestelle@bmelv.bund.de
www.bmelv.de

Studie von ACNielsen:
www.acnielsen.de/news/pr20060703.shtml

Mit Protestballons gegen das neue Gentechnik-Gesetz

Aktion für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Die Internet-Aktionsplattform Campact hat gemeinsam mit dem DNR, dem BUND, dem BÖLW, dem Bundesverband der Verbraucherzentralen, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bioland und vielen weiteren Organisationen eine Kampagne für Lebensmittel ohne gentechnische Manipulation gestartet. Durch die geplante Änderung des Gentechnikgesetzes ist nach Auffassung der Initiatoren die gentechnikfreie Landwirtschaft und damit die Wahlfreiheit der Verbraucher/innen in Gefahr.

Wenn das neue Gentechnik-Gesetz in den Bundestag eingebracht wird, will das Netzwerk mit tausenden Ballons von Bürgerinnen und Bürgern den Schriftzug „Genfood - Nein Danke!“ bilden. Die entschwebenden Ballons sollen Symbol sein für die Kontaminationsgefahr durch Gentechnik-Pollen.

Bürger können Protestmails an Parlamentarier schicken

► Gentechnik-Gegner/innen können sich auf zwei Arten am Protest beteiligen. Zum einen können sie einen Ballon starten lassen, zum anderen können sie eine eMail an ihre zuständigen Bundestagsabgeordneten schicken, in der sie diese auffordern sich für den Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft einzusetzen. Aktionsmöglichkeiten und Formulierungsvorschläge sind auf der Internetseite www.gentechnik-stoppen.de zu finden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Campact, Kampagnen für eine lebendige Demokratie, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller
Tel. 04231 / 957-440, Fax -499
eMail: info@campact.de
www.campact.de
www.gentechnik-stoppen.de

Kurzmeldungen

Offener Brief zur Neufassung des Gentechnikgesetzes

Zahlreiche Umwelt- und Verbraucherverbände sowie Landwirte, Unternehmen der Biobranche und gesellschaftliche Organisationen haben im Juli in einem Offenen Brief gefordert, die gentechnikfreie Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit zu schützen. Die Unterzeichner, darunter DNR, BUND und NABU, appellierten an den Gesetzgeber, zentrale Punkte im Gentechnikgesetz zu regeln. Ihrer Auffassung nach muss die Kontamination gestoppt und Transparenz gesichert werden. Außerdem müssten die Verursacher von gentechnikbedingten Schäden auch dafür haften. Anfang Juni wurden Einzelheiten aus einem Grundsatzpapier zur Gentechniknovelle bekannt, wonach der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen erleichtert werden würde (DRB 07/08.06, S. 7) (mbu)

Der Offene Brief:

www.dnr.de/publikationen/news/?id=84

Geldstrafen für Aufruf zur „Freiwilligen Feldbefreiung“

Die Initiatoren der Gendreck-weg-Kampagne Michael Grolm und Jürgen Binder sind im Juli wegen „öffentlichen Aufrufs zu einer Straftat“ zu Geldbußen verurteilt worden. Das Amtsgericht Rottenburg am Neckar erlegte Grolm zehn Tagessätze à 5 Euro auf. Binder soll fünfzehn Tagessätze à 20 Euro zahlen. Binder verfasste nicht nur einen „FeldbefreierInnen-Infobrief“, sondern startete auch die Internetseite www.gendreck-weg.de. Dort wurde eine Ende Juli durchgeführte Demonstration gegen Genmais und Feldzerstörung angekündigt. Zu der Demonstration kamen nach Angaben von Gendreck-weg rund 500 Gentechnik-Gegner. (mbu)
Quelle: taz, 04.07.2006
www.gendreck-weg.de

Umweltinstitut München fordert Stopp für Genpflanzen

Das Umweltinstitut München hat dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Mitte Juli 5.500 Einwendungen gegen einen geplanten Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch veränderten Kartoffeln geschickt. Der Versuch soll im oberbayerischen Olching durchgeführt werden. Verfahrensfehler des BVL hatten verhindert, dass die Pflanzen schon in diesem Jahr auf den Acker kamen. Harald Nestler, Vorstand

beim Umweltinstitut München, sieht in der großen Zahl von Einwendungen einen deutlichen Widerstand gegen die neue Strategie der bayerischen Staatsregierung. Diese sei es, Landwirten vom kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen abzuraten, dafür aber verstärkt Freisetzungsexperimente zu fordern. „Die Bürger haben klar gemacht, dass sie weder das Risiko kommerzieller noch experimenteller Gen-Pflanzen in der freien Natur wollen“, sagte Nestler. „Sie wollen gentechnikfreie Lebensmittel und eine gentechnikfreie Landwirtschaft.“ (nh)
● Umweltinstitut München, Tel. 089 / 307749-14, www.umweltinstitut.org

Kirchen gegen Einsatz von genmanipulierter Nahrungsmittelhilfe

Kirchliche Hilfsorganisationen haben sich zu einem weitgehenden Verzicht auf gentechnisch verändertes Getreide für die Nahrungsmittelhilfe verpflichtet. Sie wollen selbst keine genetisch veränderten Lebensmittel einkaufen. Der Einsatz von Genfood in der Nahrungsmittelhilfe löse immer wieder kontroverse Debatten aus, hieß es im Juli bei der Diakonie-Katastrophenhilfe. Die Ablehnung genetisch modifizierter Nahrungsmittel könne zwar im Extremfall eine Hungerkrise verschlimmern. Die Verteilung von gespendetem gentechnisch veränderten Getreide dürfe aber nur der letzte Ausweg sein, um eine Hungerkatastrophe abzuwenden. Denn die Akzeptanz solcher Nahrungsmittel könne langfristig Anbautechniken verändern, die Vielfalt lokaler Getreidearten zerstören und ungewollt gentechnisch verändertes Saatgut weltweit zum Durchbruch verhelfen. (mbu)

● Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Tel. 0711 / 21590, www.diakonie.de

Seehofer will nationalen Allergieplan

Bundesverbraucherminister Horst Seehofer will mit einem nationalen Allergieplan Krankheiten wie Neurodermitis, Heuschnupfen und Unverträglichkeiten von Nahrungsmitteln bekämpfen. Er bezeichnete Allergien als „Volkskrankheit“. Studien hätten bestätigt, dass Allergien in den letzten Jahrzehnten „weltweit dramatisch zugenommen“ haben. So habe sich allein in den 1980er Jahren die Anzahl der allergischen Bronchialasthmatiker in Europa verdoppelt. Seehofer plant, Informationen über allergieauslösende Stoffe zu sammeln und das Datenmaterial dann auf einer verbraucherpolitischen Plattform seines Ministeriums öffentlich zugänglich

zu machen. Außerdem soll die Wirtschaft „stärker in die Pflicht genommen“ werden, allergene Stoffe in Lebensmitteln oder Kleidung zu vermeiden oder zu kennzeichnen. Die Verbraucher sollen so die Möglichkeit bekommen, allergieauslösende Stoffe zu erkennen und den Kontakt zu vermeiden. (nh)

Quelle: ngo-online, 31.7.2006
www.verbraucherministerium.de

Bündnis fordert mehr Transparenz beim Verbraucherinformationsgesetz

In einem offenen Brief an den Bundesrat haben 19 Organisationen im Juli gegen das neue Verbraucherinformationsgesetz protestiert. Hauptschwachpunkt des Ende Juni vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes sei, dass wirtschaftliche Interessen Vorrang vor denen der Öffentlichkeit hätten, auch z. B. bei gesundheitsrelevanten Informationen. „Das Gesetz enthält keine Verpflichtung der Behörden, Missstände unter Nennung der Hersteller kontinuierlich bekannt zu machen“, heißt es. Die Unterzeichner, zu denen u. a. Bioland, BUND, NABU, Foodwatch, der Deutsche Tierschutzbund und die Deutsche Umwelthilfe gehören, verlangen mehr Transparenz. Die Fleischskandale der letzten Monate hätten gezeigt, dass Handlungsbedarf bestehe. Die Umsetzung des Gesetzes ist Ländersache. Deshalb muss der Bundesrat dem Entwurf zustimmen. (mbu)

Quelle: taz, 26.7.2006
www.ess-wissen.de



Lesenswert

Datenbank: Ökologische Risikoforschung in der Gentechnik

Das Büro für Ökologische Risikoforschung eco-risk hat in einer Datenbank Texte und Dokumente zum gleichnamigen Thema gesammelt. Der Schwerpunkt liegt auf den Risiken der Gentechnik. Der eco-risk-Leiter Werner Müller befasst sich vor allem mit der Identifikation von Schwachstellen in der bisherigen Form der Risikoabschätzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und mit der Weiterentwicklung des Risikodiskurses. Außerdem führt er Literaturrecherchen durch. Die Studien, Präsentationen und Artikel der Datenbank gibt es auf Deutsch und Englisch. (mbu)

Datenbank: eco-risk, Wien,
Tel. 0043 / 181257-30, Fax -28,
www.eco-risk.at/de/stage1/data.php

Ratgeber „Essen ohne Gentechnik“ in neuer Auflage

Gentechnisch veränderte Zutaten in Lebensmitteln müssen seit 2004 gekennzeichnet werden. In den Supermärkten tauchen kaum Lebensmittel mit solchen Zutaten auf. Die Hersteller von Milchprodukten, Fleisch und Eiern aus konventioneller Landwirtschaft unterliegen jedoch nicht dieser Kennzeichnungspflicht: Ob die Tiere mit genmanipulierten Pflanzen gefüttert wurden, ist für die Verbraucher/innen nicht ersichtlich. Die neue, überarbeitete Auflage des Greenpeace-Ratgebers „Essen ohne Gentechnik“ bietet diese Informationen in aktualisierter Form. Im Ratgeber sind Lebensmittelhersteller in drei Kategorien eingeteilt: Die grüne Liste enthält Unternehmen, die ihre Produkte ohne Gen-Pflanzen im Tierfutter erzeugen. Die gelbe Liste zeigt die Unternehmen, die noch kein gentechnisch freies Futter garantieren können, sich aber „auf dem besten“ Weg befinden. Die rote Liste enthält die „Firmen-Flops“ - Unternehmen, die gentechnisch veränderte Pflanzen verfüttern lassen und laut Greenpeace keine Veränderung anstreben. (nh)

Essen ohne Gentechnik, 9. Auflage, Hamburg 2006, 23 S., Hrsg./Bezug: Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg; Download (PDF, 1,3 MB):
<http://de.einkaufsnetz.org/ratgeber/10588.html>



Umweltberater fordern Optimierung der Gelben Tonne

bfub: Gelbe Tonne für stoffgleiche Nichtverpackungen öffnen

Der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) hat Überlegungen des Umweltministeriums begrüßt, die Gelben Tonnen für so genannte stoffgleiche Nichtverpackungen zu öffnen.

Der bfub fordert, die Gelben Tonnen für alle Metalle und Kunststoffe zu öffnen. Dies soll der Bevölkerung das Sortieren erleichtern. Zwar entsorgen bereits große Teile der Bevölkerung stoffgleiche Nichtverpackungen in diese Tonne. Allerdings erhöhen sie so die Fehlwurfrate. Die Nichtverpackungen werden in den Sortieranlagen nicht weiter verwertet. Würden diese stoffgleichen Nichtverpackungen verwertet werden, könnte ein weiterer Beitrag zum Ressourcenschutz geleistet werden, so der Verband. Thomas Pensel, Vorsitzender des bfub: „Warum sollte für die Gelbe Tonne nicht möglich sein, was für die Papiertonne längst üblich ist?“ In den Papiertonnen fänden sich bereits zu etwa 75 Prozent Nichtverpackungen wie Zeitungen und Druckerzeugnisse.

Zweifel am Verwertungssystem

Nach Meinung des bfub zeigt sich in der aktuellen Diskussion um die Abschaffung der Gelben Tonne der Unmut der Bevölkerung über die Sortierung von Verpackungen. Auch der Grüne Punkt helfe da wenig. Nicht alles, was mit dem Grünen Punkt markiert ist, gehöre in die Gelbe Tonne. Eine weitere Handlungsbarriere stelle oftmals der Platzmangel dar, so der bfub. Vor allem in Großstädten wie Berlin oder Hamburg bewirke dies, zusammen mit Zweifeln am Verwertungssystem selber, dass größere Mengen an Wertstoffen im Restmüll landen. (nh) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband für Umweltberatung (bfub), Bornstr. 12/13, 28195 Bremen
Tel. 0421 / 34-34 00, Fax -78714
eMail: bfubev@t-online.de
www.umweltberatung.org

EU-Kommission lobt deutsches Verpackungsrecycling

Recycling schafft Arbeitsplätze und schützt die Umwelt

Durch die Sammlung und das Recycling von Müll sind in Europa rund 42.000 Arbeitsplätze entstanden. Dies sind die Schätzungen der Europäischen Kommission in ihrem Anfang August bekannt gewordenen Bericht über die Umsetzung der Europäischen Verpackungsrichtlinie.

Die Wiederverwertung gebrauchter Abfälle sei auch ein bedeutender Beitrag zum Umweltschutz und trage dazu bei, die Wertstoffmärkte in Europa zu stabilisieren. Die Kosten seien nicht höher als bei anderen Umweltprogrammen und würden zu einem wesentlichen Teil durch Einsparungen bei der sonstigen Abfallwirtschaft ausgeglichen, so der Kommissions-Bericht.

Deutschland ist Vorreiter auf dem Gebiet der Wertstoffsammlung

Laut dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) Prof. Werner Delfmann ist der Bericht vor allem ein Lob an die deutschen Verbraucher und Unternehmen, die Vorreiter der Wertstoffsammlung in Europa seien: „Gut ein Drittel aller europäischen Arbeitsplätze beim Verpackungsrecycling - also rund 15.000 - sind in Deutschland entstanden und auch die meisten technischen und organisatorischen Innovationen auf diesem Gebiet sind 'made in Germany'“.

Die Europäische Verpackungsrichtlinie soll nach der Sommerpause dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat zugeleitet werden. (ez) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
mobil: 0174 / 9478525
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Muttermilch mit Perfluorierten Tensiden belastet

Gesundheitsrisiko bislang unklar

Eine Pilotstudie des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes hat erhöhte Konzentrationen von Perfluorierten Tensiden (PFT) in Muttermilch nachgewiesen. Das berichtete die taz Mitte August. PFT sind Fett und Wasser abweisend und werden daher seit vielen Jahren in der Papier-, Leder- und Fotoindustrie verwendet. „Im menschlichen Körper haben diese Stoffe eigentlich nichts zu suchen“, sagte Adolf Windorfer, Leiter des Landesgesundheitsamtes Niedersachsen.

Mütter sollen weiter stillen

Allerdings bestehe keine Gefahr für Mütter und Babys. Windorfer empfiehlt den Müttern, auf jeden Fall weiter zu stillen. Die in der Milch gemessenen Mengen hätten keine gesundheitliche Bedeutung. Genau erforscht sind die Risiken von PFT allerdings noch nicht. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hält die Erkenntnisse für „unzureichend“. Allerdings erreichten PFTs in sehr hohen Konzentrationen bei Tieren Krebs. Auch die Fruchtbarkeit kann beeinträchtigt werden.

Bis vor kurzem war unbekannt, dass Muttermilch und Wasser mit PFT belastet sein können. Wissenschaftler des Bonner Hygiene-Instituts stießen auf eine PFT-Belastung, als sie die Flüsse Ruhr und Möhne für eine internationale Chemikalienstudie untersuchten. Als Ursache gilt dort bisher Dünger einer Firma aus dem Raum Paderborn. Warum er die Chemikalie enthielt, ist unklar.

Weitere Tests sollen folgen

Einen Zusammenhang mit der belasteten Muttermilch in Niedersachsen sieht Windorfer aber nicht. Das Landesgesundheitsamt will nun weitere Muttermilch-Tests durchführen. Außerdem sollen die PFT-haltigen Materialien aufgelistet werden. (nh) ■

• Weitere Informationen

Niedersächsisches Landesgesundheitsamt, Roesebeckstr. 4-6, 30449 Hannover
Tel. 0511 / 45 05-0
www.nlga.niedersachsen.de

Industrie bezahlte amtliche Giffforschung

Chlorlobby sponserte unkritische PCB-Studie - Mitautorin kam vom BfR
Für Aufregung hat ein im Fachmagazin „Arch Toxicol“ veröffentlichter Artikel über die Risikobewertung von polychlorierten Biphenylen (PCB) gesorgt. Der Artikel wurde unter anderem von einer Gift-Expertin beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) unterzeichnet. Das BfR wurde 2002 von der damaligen Verbraucherministerin Künast geschaffen, um unabhängig von der Industrie mögliche Gefahren einzuschätzen. Die Studie ist jedoch von der Lobbyorganisation der europäischen Chlorindustrie gesponsert.

Fachartikel zieht Gesundheitsgefahren von PCB in Zweifel

In dem bereits 2004 veröffentlichten Artikel geht es um die Toxizität von PCB. Es sei wissenschaftlich nicht erwiesen, dass PCB gesundheitsschädlich sind, schreiben die Autoren. Bisherige Studien, die Entwicklungsstörungen durch PCB beschrieben haben, wiesen „methodische Mängel“ auf. Außerdem seien die Effekte bisher nicht „angemessen untersucht“ worden. PCBs gelten als Krebs erregend und dürfen in Deutschland nicht hergestellt werden. Die Chemikaliengruppe zählt zu den 12 besonders langlebigen und gefährlichen Umweltgiften nach UN-Definition. Der Kieler Toxikologe Hermann Kruse warnt: „PCB waren immer gefährlich - und bleiben es auch.“

Umweltverbände befürchten Beeinflussung des Bundesinstituts

Umweltverbände befürchten nun, dass die Chemieindustrie und deren Lobbyverbände Positionen des Instituts beeinflussen. Die neutrale Forschung sei „nicht gewährleistet“, warnte Greenpeace in einem Brief an Andreas Hensel, den Präsidenten der Behörde. Das BfR sieht die Veröffentlichung der Mitarbeiterin jedoch nicht als Problem an. Die Bürger könnten sich „auf eine sachorientierte Arbeit meines Hauses verlassen“, schrieb der BfR-Präsident zurück an Greenpeace. (ez) ■

• Weitere Informationen

Institut für Toxikologie und Pharmakologie, Dr. Hermann Kruse, Kiel
Tel. 0431 / 5973543
eMail: kruse@toxi.uni-kiel.de
www.uni-kiel.de/toxikologie

Kurzmeldungen

Nationales Schadstoffregister beschlossen

Ab 2008 wird es Bürger/innen möglich sein, die Höhe der durch große Industriebetriebe verursachten Schadstoffbelastung in der Region im Internet abzufragen. Das Bundeskabinett hat Ende Juli einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Einrichtung eines solchen nationalen Schadstoffregisters vorsieht. Das „nationale Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister“ ist beim Umweltbundesamt angesiedelt. Bestimmte Betriebe wie etwa Stromerzeuger oder Chemiebetriebe werden verpflichtet, jährlich Angaben über ihre Emissionen an das Register zu übermitteln. Das Vorhaben beruht auf internationalen Vereinbarungen von 2003. Das bisherige EU-Register wird abgeschafft. Die Bundesregierung hält sich eigenen Angaben zufolge „eng an die EU-Verordnung, so dass für betroffene Betreiber keine zusätzlichen Berichtspflichten für das nationale Register entstehen“.

(nh)
Quelle: ngo-online, 26.7.2006

Überraschende MPI-Studie bestätigt Gesundheitsrisiko von Handystrahlung

Neueste Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung (MPIKG) deuten darauf hin, dass die Nutzung von Handys ein Gesundheitsrisiko darstellt. So berichtet das Wissensmagazin der „Zeit“ im August. ● An einem Modellsystem aus künstlichen Zellmembranen maßen die Forscher kurzzeitige Temperaturerhöhungen um bis zu hundert Grad. Institutsdirektor Prof. Dr. Markus Antonietti zeigte sich laut „Zeit“ bestürzt. Es werde 100-mal so viel Energie absorbiert wie bisher gedacht. „Das ist der Horror“, wird Antonietti zitiert. Konkrete Auswirkungen auf das Gehirn könnten erst Experimente mit menschlichen Zellen zeigen; man kenne jedoch nun den Mechanismus, der zur Zellschädigung führen könne. „Als Wissenschaftler bin ich besorgt“, sagte der MPI-Chef. 55 Prozent der Deutschen glauben, Handystrahlung stelle ein gesundheitliches Risiko dar, ergab eine Umfrage im Auftrag der „Zeit“. (mb)

MPIKG, Golm bei Potsdam, Tel. 0331 / 5679203, katja.schulze@mpikg.mpg.de
Quelle: Zeit Wissen 05/2006,
www.zeit.de/zeit-wissen/2006/05/
Handy-Strahlung.xml

■

DNR fordert Kurswechsel in der deutschen Energiepolitik

Hubert Weinzierl: Konventionelle Energieversorgung hat ausgedient

Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings Hubert Weinzierl hat Ende Juli in Berlin einen radikalen Kurswechsel der deutschen Energiepolitik gefordert. „Angesichts von Rekordhitze und Höchstpreisen lässt sich die Tatsache nicht mehr verdrängen, dass die konventionelle Energieversorgung ausgedient hat“, sagte Weinzierl. Nur eine Kombination aus mehr Energieeffizienz und mehr Erneuerbaren Energien gewährleiste eine langfristig sichere, umweltverträgliche und kostengünstige Energieversorgung. Dann könne man guten Gewissens auf Atomstrom verzichten. (siehe auch nebenstehenden Artikel)

Aus Sicht des DNR sind internationale Krisen, Klimaveränderungen und aufgeheizte Flüsse Belege dafür, dass Kernkraft und fossile Brennstoffe keine Versorgungssicherheit mehr bieten können. Weinzierl kritisierte die nach seinen Worten „reaktionären Kräfte in der Koalition“, die den Atomausstieg in Frage stellen und den Bau neuer Kernkraftwerke propagieren würden. Statt an überholten Energiesystemen festzuhalten, gehe es darum, ab sofort zukunftsfähige Energieformen „gezielter, gescheiter und sparsamer“ einzusetzen, ohne dabei auf Lebensqualität zu verzichten, sagte der Präsident. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

BDI und DGB fordern nationales Energiekonzept

Gewerkschaften und Industrie wollen Erneuerbare, aber auch Kohle

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben Mitte August eine gemeinsame Erklärung zur Energiepolitik veröffentlicht. Sie fordern die Bundesregierung auf, „ein schlüssiges nationales Energiekonzept zu schaffen, welches die Energieeffizienz weiter erhöht, die mittel- bis langfristige Sicherung der Energieversorgung im Rahmen eines nachhaltigen Energiemix gewährleistet und die heimische Kohle mit einschließt.“

Dissens nur bei der Atomenergie

„Neben Wasser werden Rohstoffe und Energie die wichtigsten Treiber oder Begrenzungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sein“, so die Verbände. Da die vorhandenen Primärenergieträger endlich seien, setze sich der BDI für eine Nutzung aller Energieträger und Energietechnologien, einschließlich der Atomenergie, ein. Der DGB sieht in der Atomenergie „wegen der bekannten Risiken“ keine energiepolitische Option.

Erneuerbare Energien mit Vorzügen

In ihrer gemeinsamen Erklärung stellen die beiden Organisationen die Vorzüge Erneuerbarer Energien heraus: „Sie verringern die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Energieimporten, stärken die Versorgungssicherheit und sichern in großem Umfang Arbeitsplätze.“

Desweiteren halten sie die „Ausweitung des grenzüberschreitenden Handels mit Strom und Gas“ in Europa für erforderlich. Deutschland sei in hohem Maße von Energieimporten abhängig. Da immer mehr Länder auf die Märkte drängen und der Kreis der Rohstofflieferanten schrumpft, sei es langfristig unumgänglich, alle Potenziale zur Energieeinsparung auszuschöpfen und die Erneuerbaren Energien auszubauen. Nur so könnten die Risiken im Energiebereich minimiert werden. DGB und BDI fordern die Bundesregierung auf, den notwendigen weltweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Exportoffensive weiter zu fördern.

EU-Binnenmarkt: „Marktverzerrungen“ sollen vermieden werden

In der Erklärung heißt es weiter: „In Europa ist der gemeinsame Energiebinnen-

markt noch nicht vollendet.“ Er müsse den Zielen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz gerecht werden. Bei der notwendigen Ausweitung des grenzüberschreitenden Handels mit Strom und Gas seien Marktverzerrungen zu vermeiden sowie europaweit vergleichbare Bedingungen hinsichtlich Steuerpolitik, Umweltschutz und Versorgungssicherheit herzustellen. (nh) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel. 030 / 24060-0, Fax -324
eMail: info.bvv@dgb.de
www.dgb.de

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Abteilung Umweltpolitik, Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel. 030 / 2028-1583
eMail: umwelt@bdi-online.de
www.bdi-online.de

„Lesen für die Umwelt“ 2007

Umweltstiftung vergibt Buchpreis zum Thema regenerative Energien

Die Deutsche Umweltstiftung hat für den Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ 2007 das Thema „regenerative Energien - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“ gewählt. Autor/innen und Verlage können sich an dieser Ausschreibung mit Büchern und Studien aus den Jahren 2005 und 2006 beteiligen. Gewünscht sind ungewöhnliche Texte, packende Berichte, brillante Analysen oder innovative, praxisnahe Lösungsansätze.

Einsendeschluss für Autor/innen und Verlage am 31.12

Für den Buchpreis 2007 wird ein Buch gesucht, das die Leser/innen motiviert, sich mit den Zusammenhängen zwischen Klimabelastung und menschlichen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen, und das Wege und Alternativen zur Versorgung mit sauberen Energieträgern aufzeigt. Der Buchpreis ist mit 2.500,- Euro dotiert. Der Betrag kann auf bis zu drei Bücher verteilt werden. Ausschreibungsschluss ist der 31. Dezember 2006. Interessenten schicken ihr Buch mit einer Begründung an die Deutsche Umweltstiftung. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umweltstiftung, Postfach 1355, 76713 Germersheim
Tel. 07274 / 4767
eMail: info@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Hitzewelle verteuert Atom- und Kohlestrom

BSW: Ökostrom bei extremer Hitze dreimal günstiger als herkömmlicher

Der Preis für Strom aus konventionellen Kraftwerken in Deutschland ist nach Angaben der Informationskampagne für Erneuerbare Energien im Juli innerhalb weniger Tage um 600 Prozent gestiegen. Während Solaranlagen im Sommer die bei weitem höchsten Leistungen bringen, müssen wassergekühlte Großkraftwerke ihre Stromproduktion wegen der Hitze drosseln, was steigende Preise zur Folge hat. Für den Strom aus Uran und Kohle mussten am heißesten Tag des Juli 2006 an der Strombörse im Schnitt 30,2 Cent pro Kilowattstunde gezahlt werden, zu Spitzenzeiten sogar über 54 Cent. Zum Vergleich: Der Mix aus Wind, Biogas oder Sonne wird den deutschen Verbraucher/innen aktuell mit etwa 11 Cent pro Kilowattstunde zur Verfügung gestellt.

Klimaprognosen lassen mehr Hitzeperioden erwarten

Nach Prognosen von Klimaforschern wird es in Mitteleuropa in den kommenden Jahrzehnten immer mehr Dürre und Hitze geben (siehe DRB 06.06, S. 14). Aus Sicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) sind konventionelle Großkraftwerke, die Kühlwasser benötigen, dann extrem unsichere Stromlieferanten. Zusammen mit der gleichzeitig steigenden Stromnachfrage für Kühlung und Klimaanlage seien explodierende Strompreise vorgezeichnet. Kraftwerke, die Strom aus Erneuerbaren Energien produzieren, sind dagegen unabhängig von Kühlwasser.

Wie der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) mitteilte, war Solarstrom im Sommer erstmals preiswerter als konventioneller Spitzenlaststrom. Solaranlagen würden genau dann auf Hochtouren arbeiten, wenn die herkömmliche Stromproduktion am teuersten ist. In Deutschland seien derzeit fast 2.000 Megawatt Solarstrom am Netz, die etwa so viel produzierten wie zwei Atom- oder Braunkohlekraftwerke.

Kühlwasser heizt die Flüsse auf und nimmt den Fischen den Sauerstoff

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte auch die Folgeschäden für die Umwelt durch das Kühlwasser. Die Flüsse würden durch die Einleitung von warmem Kühlwasser aufgeheizt und die Wasserqualität

verschlechtere sich, sagte eine Sprecherin. Besonders kritisch seien im Juli erteilte Sondergenehmigungen, mit denen die zulässige Erwärmungstemperatur noch heraufgesetzt werde. Dadurch sinke der Sauerstoffgehalt in den Flüssen zum Schaden von Fischen und Pflanzen.

Erneuerbaren-Branche sagt verlässliche Strompreise zu

Die Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien sei dagegen klar kalkulierbar, hieß es bei dem Anlagenhersteller Schrack-Biogas. Im Mix könnten die Erneuerbaren Energien den Strombedarf bei jedem Wetter decken. Wenn der Wind einmal nicht wehe oder die Sonne nicht scheine, springe Biogas ein. Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien sei in den letzten sechs Jahren verdoppelt worden. Der beschlossene Atomausstieg werde mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien mehr als vollständig kompensiert. Teurer werde es für die Verbraucher dadurch nicht. Die Kosten für Strom aus Erneuerbaren Energien sind gesetzlich geregelt und werden jedes Jahr gesenkt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), Teichweg 6, 33100 Paderborn
Tel. 05252 / 939800
eMail: info@bee-ev.de
www.bee-ev.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Informationskampagne für Erneuerbare Energien, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin
Tel. 030 / 200535-3
eMail: kontakt@unendlich-viel-energie.de
www.unendlich-viel-energie.de

Unfall in Gronauer Urananreicherungsanlage

BBU fordert erneut sofortige Stilllegung der Atomfabrik in NRW

Nach dem jüngsten Zwischenfall in der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau (Westfalen) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung der Anlage bekräftigt. Die örtliche Mitgliedsinitiative des BBU, der Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU), wies darauf hin, dass es seit Inbetriebnahme der UAA Gronau im Jahr 1985 mindestens 15 meldepflichtige Pannen und Zwischenfälle in der Anlage gegeben habe. In der Uranfabrik waren Ende Juli rund 15 Liter uranhaltiges Wasser ausgelaufen.

Nach Angaben des BBU hat es in der Vergangenheit bereits ein vergleichbares Ereignis in der Anlage gegeben. Das habe aber scheinbar nicht zur dauerhaften Beseitigung der Ursache geführt. BBU und AKU befürchten, dass sich nach den bislang eher kleineren Störfällen zukünftig auch ein schwerwiegender Unfall ereignen kann.

Kontrollbehörde wurde informiert

Nach Angaben der Betreiberfirma Urenco konnte das radioaktive Wasser in einer Bodenwanne aufgefangen werden. Weder in der Atemluft noch in der Umgebung sei eine erhöhte radioaktive Strahlung messbar gewesen. Das Unternehmen, eine Tochterfirma von RWE und E.on, sah sich dennoch gezwungen, das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium als Kontrollbehörde zu informieren.

Kein Schutz vor Flugzeugen

In der UAA Gronau wird radioaktives Uranhexafluorid tonnenweise verarbeitet und gelagert. Neben der Anlage befindet sich ein großes Freilager. Weder die Anlage noch das Freilager seien gegen Flugzeugabstürze geschützt, so der BBU. Die UAA Gronau versorgt Atomkraftwerke in aller Welt mit spaltbarem Uran. (nh) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Prinz-Albert-Str. 73, 53111 Bonn
Tel. 0228 / 2140-32 Fax -33
eMail: bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de

AKW-Sicherheitsdebatte nach Beinahe-GAU in Schweden

BMU will alle deutschen Atomkraftwerke überprüfen lassen

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat im August eine weitere sicherheitstechnische Überprüfung der deutschen Atomkraftwerke angekündigt. Zuvor hatten mehrere Bundesländer erklärt, dass es in ihren Atomkraftwerken keinen Störfall geben könne, der dem im schwedischen AKW Forsmark vergleichbar sei. Dort hatte es Ende Juli schwerste Probleme bei der Stromversorgung gegeben, der Reaktor soll kurz vor der Kernschmelze gestanden haben. Zwar unterschieden sich die Aussagen der niedersächsischen, bayerischen und hessischen Umweltbehörden im Wortlaut, der Tenor war aber bei allen gleich: Die Notstromversorgung der deutschen AKWs sei zuverlässig.

Gabriel: Deutsche Atomaufsicht arbeitet nicht optimal

Nach Auffassung von Gabriel müssen nach der „vorläufigen Stellungnahme der Bundesländer“ jetzt die Fragen des Bundesumweltministeriums detailliert beantwortet werden. So müsse geklärt werden, ob ein Kurzschluss oder ein Blitz die Sicherheitseinrichtungen der Atomkraftwerke außer Kraft setzen könnte. Außerdem sei es notwendig die Baurealität der AKWs mit den Unterlagen aus den Genehmigungsverfahren zu vergleichen. Dadurch kämen Betriebsgenehmigungen auf den Prüfstand. Gabriel will durch die Internationale Atomaufsicht evaluieren lassen, ob die staatliche Atomaufsicht in Deutschland internationalen Standards genügt. Der Minister hält diese für „suboptimal“.

IPPNW: Notstromversorgung ist fehlerträchtig

Die Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) bezeichneten die Angaben der Länder als „Augenwischerei“. Aus Sicht der IPPNW ist die Notstromversorgung durch Dieselaggregate äußerst fehlerträchtig und kann bei einer Verkettung ungünstiger Umstände zur Katastrophe führen. 2005 hätten 17 Prozent aller offiziell gemeldeten Vorkommnisse in deutschen AKWs die Notstromversorgung betroffen. Die atomkritischen Ärzte bemängelten, dass die Mitteilungen über die Kraftwerksicherheit sich nur auf die Notstromversorgung beschränkten. Die „Sicherheitslücken, wonach es aufgrund von Kurzschlüssen und Unwettern überhaupt

erst zu gefährlichen Anlagenzuständen kommen kann“, würden ignoriert, so der Vorwurf. Mindestens neun solcher Vorfälle habe es seit 1977 gegeben. Die Länderbehörden gingen davon aus, dass bei Wartungsarbeiten keine Fehler gemacht würden. Die Praxis in deutschen Atomkraftwerken sieht laut IPPNW aber anders aus: „Zeitdruck, Hetze, Planungsfehler, Montagefehler, Prüffehler, der Einsatz von Hilfskräften und Leiharbeitern, überfordertes Personal, 10-Stunden-Schichten und mehr in Strahlenbereichen, Nachtschichten, unzureichende Kontrollen durch die TÜVs, Verzögerung von sicherheitstechnisch wichtigen Reparaturen und Prüfungen“.

BfS: Schnelle Entwarnung erhöht nicht die Akzeptanz von Kernkraft

Nach dem Störfall in Schweden versicherten auch die vier deutschen AKW-Betreiber E.on, EnBW, RWE und Vattenfall, die deutschen Reaktoren seien sicher, ein Vorfall wie in Forsmark könne ausgeschlossen werden. Für den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz Wolfgang König erweisen die Betreiber mit einer solchen Entwarnung ihren Anlagen einen Bärendienst. Störfälle müssten wissenschaftlich fundiert und interessunabhängig bewertet werden, sagte König. Die Akzeptanz für eine Hochrisikotechnologie sei an das Verantwortungsbewusstsein der Betreiber gekoppelt. Der BUND forderte „angesichts der Schwere des Störfalls im vermeintlichen Hochsicherheitsland Schweden“ die Bundesregierung auf, den Atomausstieg zu beschleunigen. Das Bundesumweltministerium will nach eigenen Angaben zunächst die Sicherheitsüberprüfungen durchführen, kurzfristige Abschaltungen sind nicht geplant. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin
Tel. 030 / 69874-0
eMail: kontakt@ippnw.de
www.ippnw.de

Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Postfach 100149, 38201 Salzgitter
Tel. 01888 / 333-0
eMail: info@bfs.de
www.bfs.de

Lesenswert, sehenswert

Anleitung zum effektiven Energie- und Stromsparen

In Zeiten, in denen die Strompreise fast monatlich zu steigen scheinen, kommt die 4. Auflage der „Schönauer Strom- und Energiespartipps“ gerade richtig. Die Broschüre enthält 85 Tipps zum sparsamen Energie- und Stromverbrauch, die alle Bereiche des Alltagslebens abdecken. Herausgeber sind die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), der energiepolitisch aktivste Ökostromanbieter. Die Autoren zeigen auf, wo überall Einsparungspotenziale stecken. Die Vorschläge sind mit Beispielrechnungen versehen und wurden von den Autoren überprüft. Dabei geht die Broschüre auf neue Möglichkeiten des Energie- und Stromsparens ein, zum Beispiel die Nutzung von Solarwärme oder Pellettheizungen. Sie ruft allerdings auch viele altbekannte Tipps in Erinnerung, wie etwa darauf zu achten, das Licht auszuschalten. Außerdem enthält das Heft eine Liste mit Internetadressen und Literaturhinweisen zum Thema Energie- und Stromsparen. Der Leser oder die Leserin hat zudem die Möglichkeit, die eigene Energiesparkompetenz zu überprüfen. (nh)

M. Hinnecke, S. Roth: „Schönauer Strom- und Energiespartipps“ 4. Auflage, Schönau 2006, 68 S., 2,50 Euro plus Porto, kostenloser Download (PDF, 1.5 MB): www.ews-schoenau.de

Neue Zeitschrift „Energie & Zukunft“

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) gibt seit Juni eine neue Zeitschrift heraus. Schwerpunktthema ist der Zusammenhang zwischen der noch ausstehenden Energiewende und der Massenarbeitslosigkeit sowie der Krise der Staatsfinanzen und Sozialsysteme. „Die Beschäftigung mit den aktuellen ökologischen und ökonomisch-sozialen Herausforderungen ergab, dass auch bei diesem Thema der Schlüssel für die Wiedergewinnung der Zukunftsfähigkeit in der Energiefrage liegt“, schreiben die Herausgeber. Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und die Praktiker aus dem Solarenergieverein haben eigene Vorschläge zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erarbeitet. Kernthese: Die Abgabenlast muss vom Produktionsfaktor Arbeit auf den Produktionsfaktor Energie verlagert werden - unabhängig davon, ob die Energie aus konventionellen oder aus erneuerbaren Quellen stammt. Die Vorschläge

des und die weitere Diskussion werden nun in der neuen Zeitschrift „Energie & Zukunft“ zusammengefasst. (mbu)

Informationskreis zukunftsfähiges Steuersystem des SFV (Hrsg.): Zeitschrift „Energie & Zukunft“, Ausgabe 1, Juni 2006; Download (PDF, 24 S., 1,5 MB): www.sfv.de/lokal/mails/wvf/euzausg1.htm

Dokumentarfilm über Klimawandel

Der Dokumentarfilm „An Inconvenient Truth - Eine unbequeme Wahrheit“ schildert den Kampf, den der ehemalige US-amerikanische Präsidentschaftskandidat Al Gore gegen die Erderwärmung führt. Gore, der im Jahr 2000 die Wahl äußerst knapp und fragwürdig gegen George Bush verlor, hat seitdem sein Leben der Aufklärung über den Klimawandel gewidmet. Bereits jetzt gibt es auf der Erde extreme Wetterlagen wie Überflutungen, Dürrekatastrophen, Hitzeperioden. Nach Auffassung von Experten sind diese Auswirkungen des Klimawandels vom Menschen verursacht. Dies will Al Gore in seinem Film vermitteln und vor allem will er aufzeigen, dass es Handlungsalternativen gibt, die die Zerstörung unseres Planeten durch die Erwärmung aufhalten können. (mbu)

Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ („An Inconvenient Truth“), USA 2006, Regie: David Guggenheim, ca. 100 min, Kinostart/Filmstart: 21.9.2006



Neue Bestimmungen für Öffentlichkeitsbeteiligung

Århus-Gesetzbündel beschlossen - BUND sieht keine Fortschritte

Das Bundeskabinett hat Anfang August auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Entwürfe für das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz, das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz und für das Århus-Vertragsgesetz beschlossen. Das Gesetzbündel ist die Voraussetzung für eine baldige Ratifizierung der Århus-Konvention.

Mehr Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten für Verbände

Die im Oktober 2001 in Kraft getretene Århus-Konvention der UN soll den Bürger/innen einen leichteren Zugang zu Informationen gewähren, sie stärker an Verwaltungsentscheidungen beteiligen und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten erleichtern. Das Übereinkommen soll so für mehr Transparenz in umweltpolitischen Entscheidungen sorgen und dadurch zu einer höheren Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen führen.

Während das Bundesumweltministerium darauf hinwies, dass Deutschland als Vertragspartei der Århus-Konvention künftig wichtige Felder der internationalen Umweltpolitik aktiv mitgestalten könne, kritisierte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Kabinettsbeschluss zur Bürgerbeteiligung im Umweltschutz vor diesem Hintergrund als völlig unzureichend.

BUND kritisiert Beschluss: „Nicht mehr, sondern weniger Rechte“

Der Beschluss bedeute - statt wie von der internationalen Århus-Konvention und der europäischen Öffentlichkeits-Richtlinie vorgesehen - nicht mehr, sondern weniger Rechte für die Zivilgesellschaft. Mit dem Entwurf des „Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes“ würden Umweltverbände massiv in ihrer Arbeit behindert. So bliebe ihnen der gerichtliche Klageweg beispielsweise gegen klimaschädliche Projekte weiterhin verwehrt. Verbandsklagerechte sollen laut Kabinettsbeschluss nur auf solche Bereiche ausgedehnt werden, die auch private Kläger geltend machen könnten.

Verbände sehen ihre Wirkungsmöglichkeiten beschnitten

Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer, erläutert: „Mit ihrem Beschluss zur

Bürgerbeteiligung führt die Bundesregierung die Århus-Konvention, die sie selbst unterzeichnet hat, ad absurdum.“ Sie könne nicht auf der einen Seite ein Mehr an Engagement in der Zivilgesellschaft einfordern und auf der anderen Seite dort, wo dieses Engagement sogar vom europäischen Gesetzgeber gefordert werde, die Verbände in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschnitten. (nh) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Föderalismusreform ändert Umweltrecht

Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze soll erheblich sinken

Durch die Föderalismusreform wird sich laut einer Studie die Zahl der Gesetze, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, von rund 60 Prozent der Gesetzesvorlagen auf rund 40 Prozent reduzieren. Die Länder erhalten das Recht, von den Vorgaben des Bundes abweichende Regelungen zu treffen. Nur in Ausnahmefällen, denen wiederum der Bundesrat zustimmen muss, kann der Bund Regelungen vornehmen, ohne dass die Länder davon abweichen dürfen. Gesetzen mit erheblichen Kostenfolgen für die Länder muss künftig der Bundesrat zustimmen. Vor allem im Umweltrecht haben die Länder das Recht, sich mit eigenen Gesetzen über die Zuständigkeit des Bundes hinwegzusetzen.

Einheitliches Umweltgesetzbuch bis 2008

Der Bund erhält jedoch das Recht, einheitliche Grundsätze für den Schutz der Natur aufzustellen. Dies schließt Regelungen zur Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ein. In diesem Fall dürfen die Länder nicht von den Vorgaben des Bundes abweichen. Der Bund hat bis zum Jahr 2008 Gelegenheit, ein einheitliches Umweltgesetzbuch zu schaffen. Erst danach sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, abweichende Regelungen zu treffen.

Auf der anderen Seite dürfen Gesetze, mit denen der Bund versucht, die Befugnisse auf dem Gebiet der Umwelt wieder an sich zu ziehen, erst nach sechs Monaten in Kraft treten. Dadurch sollen die Länder die Gelegenheit erhalten zu prüfen, ob und in welchem Umfang sie vom Bundesrecht abweichen wollen. Die Zuständigkeiten für Lärmschutz, Luftqualität und Abfallentsorgung verbleiben beim Bund. (nh) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Umweltrechtsexperte Maik Luttmann, Rostock
Tel. 0381 / 2020001
eMail: recht@nabu.de
www.nabu.de/m06/m06_02

Quelle: Das Parlament, 10.7.2006

Lesenswert

pö-Ausgabe 100 - Klassiker der Umweltbewegung auf dem Prüfstand

Seit 1987 erscheint die Zeitschrift „politische ökologie“ (pö). In der hundertsten Ausgabe der pö blickt die Redaktion zurück und spiegelt die Entwicklungen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik der letzten 40 Jahre wider. In der Jubiläumsausgabe der „Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen“ liegt der Schwerpunkt auf einer Re-Vision, einer Wiederdurchsicht der ursprünglichen Visionen und Hoffnungen. Unterstützung holt sich die pö-Redaktion dabei von bekannten Köpfen der deutschsprachigen Umweltszene wie Martin Jänicke, Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), Sabine Hofmeister, Professorin für Umweltplanung an der Universität Lüneburg, oder Elmar Altvater, Professor für Politische Ökonomie an der FU Berlin. Das Heft stellt die Schrittmacher/innen der Umweltbewegung vor und klopft ihre Visionen auf Alltagstauglichkeit und theoretische Schwächen ab. Das Jubiläumshft ist sowohl eine spannende Lektüre für Protagonisten und Beobachter der Ökologiebewegung als auch die Möglichkeit für Einsteiger/innen sich einen Überblick über das ökologische Denken zu verschaffen. (nh)

oekom - Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.): politische ökologie 100: Re-Vision - Nachdenken über ökologische Vordenker, oekom verlag, München 2006, 80 S., 14,90 Euro, ISBN 3-86581-028-4

Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus

Der soziale Protest der globalisierungskritischen Bewegungen hat beachtliche Teilerfolge gebracht. Warum aber stehen immer noch so viele den neoliberalen Zumutungen, die auch sie betreffen, scheinbar gleichgültig gegenüber? Das Buch untersucht die psychischen Folgen neoliberaler Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik. Interdisziplinär werden aus ökonomischer, politologischer, psychologischer und theologischer Perspektive die Traumatisierungserfahrungen der Verlierer, der pathologische Narzissmus der Gewinner und die Situation der Mittelklassen untersucht. Bei letzterer geht es auch um die Frage, ob die zunehmende soziale Abstiegsgefahr die Möglichkeit bietet, eigene Interessen bewusst wahrzunehmen. Am Beispiel Deutschlands und Argentiniens wer-

den die Erfolgsaussichten für eine solidarische Ökonomie ausgelotet und ein umfassender Strategieansatz entwickelt. (mb)

U. Duchrow, R. Bianchi, R. Krüger, V. Petracca: Solidarisch Mensch werden: Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus - Wege zu ihrer Überwindung, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 512 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-89965-167-7

Junge Eltern aufgepasst!

Natur ist immer noch der beste Platz, um Kinder groß werden zu lassen. Der „Kleine Leitfaden zur spielerischen Entdeckung der Welt für kleine Erdenbürger und ihre Eltern“ bietet Eltern Tipps zum Wohlfühlen, zur Entdeckung der Welt mit allen Sinnen und zeigt, wie Kleinkinder elementare Erfahrungen in ihrer natürlichen Umgebung machen können. Das Heft ist entsprechend den ersten drei Lebensjahren gegliedert. Diese Jahre prägen uns Menschen entscheidend und stellen die Weichen für unsere weitere Entwicklung. Je vielfältiger die Erfahrungen sind, die wir in dieser Zeit machen, desto lernfähiger ist unser Gehirn und desto besser schärfen wir unsere Sinne. Der Lernort Natur bietet tausend und eine Möglichkeit, um Kindern bei ihrer Entwicklung zu helfen. Das Heft ist reich bebildert und enthält außer den liebevoll formulierten Texten auch Bastel- und Spielanleitungen, Noten, Liedertexte, Rezepte und Beschreibungen von kindgerechten Experimenten. (nh)

Landesbund für Vogelschutz in Bayern, Deutscher Naturschutzring (Hg.): Leben, lieben, lernen - Ein kleiner Leitfaden zur spielerischen Entdeckung der Welt für kleine Erdenbürger und ihre Eltern, Bonn 2006, 48 S., 5,- Euro, ISBN 978-3-939324-14-0



Bund übergibt Flächen für den Naturschutz

125.000 Hektar gehen in Besitz der Länder

Ende Juni hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Angebotsliste des Bundes zum „Nationalen Naturerbe“ präsentiert. Dabei werden insgesamt 125.000 Hektar wertvoller Naturflächen aus dem Besitz des Bundes nicht privatisiert, sondern den Bundesländern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Übertragen werden Truppenübungsplätze, Waldflächen und Bergbaufolgelandschaften. Die Umweltministerien der Länder hatten bis Mitte August Gelegenheit zu prüfen, ob sie die Flächen als Naturschutzgebiete übernehmen wollen.

Nicht alle Flächen geeignet

Sachsen-Anhalt wurden zum Beispiel 14.860 Hektar angeboten. „Die Verpackung ist zauberhaft, der Inhalt weitaus weniger“, kritisierte das Umweltministerium in Sachsen-Anhalt. Manche Flächen hätten keinen naturschutzfachlichen Wert oder seien zu klein. Das thüringische Umweltministerium zeigte sich dagegen über die 9.000 Hektar des Biotopstreifens der ehemaligen innerdeutschen Grenze erfreut. Man habe sich dafür von Beginn an eingesetzt, so Katrin Trommer-Huckauf, Pressesprecherin im Umweltministerium.

Kaum Flächen in Westdeutschland

Auffällig ist das weitgehende Fehlen von Flächen in Westdeutschland. Beispielsweise gibt es in Mainz eine 181 Hektar große Fläche eines ehemaligen Militärflughafens mit einem sehr hohen Anteil naturschutzfachlich wertvoller Biotope für den ein Zweckverband bereits sieben Millionen Euro geboten hatte. Wahrscheinlich der Hauptgrund für das Fehlen auf der Liste, glaubt der NABU Rheinland-Pfalz. (mr) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Mit dem Floß von Heidelberg nach Düsseldorf

Robin Wood: Protesttour gegen Praktiken der Papierproduzenten

Unter dem Motto „Stoppt Landraub und Umweltzerstörung für Tempo“ ist Mitte August ein Holzfloß der Umweltschutzorganisation Robin Wood in Heidelberg gestartet. Die Umweltschützer/innen protestieren gegen die Zerstörung von Wäldern und die Vertreibung von Menschen für die Papierproduktion. Das Floß „Robina Wald“ wurde von Robin-Wood-Aktiven gebaut. Es soll bis Mitte September von Heidelberg bis Düsseldorf auf Neckar und Rhein unterwegs sein. Robin Wood möchte auf dieser Tour über die Hintergründe der Tempo-Taschentuch-Produktion aufklären.

Indianer mit Gummigeschossen vertrieben

Nach Angaben von Robin Wood werden für die Herstellung von Tempo-Taschentüchern Küstenregenwälder in Brasilien zerstört und den dort lebenden Indianern mit Gewalt ihr Land weggenommen. Zurzeit eskaliert im brasilianischen Bundesstaat Espirito Santo ein Konflikt zwischen dem Zellstoff-Konzern Aracruz und den Tupinikim- und Guarani-Indianern. Aracruz habe den Indianern 11.000 Hektar Land geraubt, obwohl die brasilianische Indianerbehörde FUNAI bestätigt habe, dass es ihnen rechtmäßig zusteht.

Im Januar haben nach Robin-Wood-Informationen bewaffnete Einheiten in Kooperation mit Aracruz zwei Indianerdörfer gestürmt, mit Gummigeschossen auf die Menschen gefeuert und die Flüchtenden mit Hubschraubern gejagt. Aracruz ist Zulieferbetrieb von Procter&Gamble. Der Konzern verarbeitet Zellstoff von Aracruz zu Tempo-Taschentüchern und Charming-Toilettenpapier.

Papierverbrauch in Deutschland enorm hoch

Besucher/innen des Floßes können mit ihrer Unterschrift und einer Foto-Protestaktion der Forderung Nachdruck verleihen, dass Procter&Gamble problematische Papierprodukte aus dem Sortiment nimmt und Recyclingprodukte anbietet.

Auf seiner vier Wochen dauernden Reise wird das Floß an mehreren Stationen halt machen. Ab Bord gibt es Informationen rund um das Thema Paper sowie eine Reihe kostenloser Angebote wie Papier-

schöpfen, Floßkino oder Fotopräsentationen.

Der Papierkonsum in Industrieländern wie Deutschland ist enorm hoch. Jeder Deutsche verbraucht durchschnittlich 233 Kilogramm pro Jahr. Das entspricht einem Verbrauch von 500 Gramm Holz pro Person und Tag. Weltweit jeder fünfte geschlagene Baum wird dafür verwendet, Papier herzustellen. Papier aus Altpapier herzustellen ist wesentlich umweltträglicher, als dafür den Rohstoff Holz zu verwenden. Bei der Produktion von Recyclingpapier wird nur halb so viel Energie und ein Drittel Frischwasser verbraucht. (nh) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood, Langemarckstr. 210, 28199 Bremen
Tel. 0421 / 5982-88 Fax -872
eMail: papier@robinwood.de
www.robinwood.de/papier

Seehofer will Waldbericht nur noch alle vier Jahre

Ab 2007 nur noch Gesamtbilanz Agrar/Fischerei/Forst?

Der seit 1982 jährlich erscheinende Waldzustandsbericht soll in seiner jetzigen Form letztmals im Herbst 2006 vorgelegt werden. Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) plant den Waldzustandsbericht nur noch alle vier Jahre zu veröffentlichen. „Der Minister hat sich das Ziel gesetzt, Bürokratie abzubauen“, sagte eine Ministeriumssprecherin.

Später könnte der Waldzustandsbericht in einer Gesamtbilanz zur Lage von Landwirtschaft, Fischerei und Forst aufgehen. Denn auch der jährliche Agrarbericht soll in der bisherigen Form nicht mehr erarbeitet werden.

Naturschutzverbände kritisieren die Pläne

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU) kritisierten die Idee.

Thomas Norgall, Naturschutzreferent des BUND, nannte die Pläne Seehofers einen „massiven Versuch, die Aufmerksamkeit von dem Thema wegzulenken“. BUND-Agrarsprecher Hubert Weiger forderte die jährlichen Erhebungen beizubehalten und um das Thema Bodenzustand zu erweitern. Die Bodenversauerung durch Stickstoffeinträge aus Landwirtschaft und Verkehr gefährde zunehmend das Trinkwasser.

Auch die Grünen stehen der Ankündigung kritisch gegenüber. Die Politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke sieht in den Plänen Seehofers keinen Bürokratieabbau, sondern einen Abbau von Transparenz und politischer Analyse- und Handlungsfähigkeit. Sie forderte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf „diese perfide Augenwischerei zu verhindern“. (nh) ■

• Weitere Informationen

BUND, Naturschutzreferent Thomas Norgall, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: thomas.norgall@bund.net
www.bund.net

Besseres Wildtiermanagement gefordert

NABU fordert länderübergreifendes Programm für Bär, Luchs und Wolf

Ein länderübergreifendes Wildtiermanagement hat der Naturschutzbund (NABU) anlässlich eines Fachgesprächs mit Wildtierexperten und Bundesumweltminister Gabriel Ende Juli gefordert. Alle Staaten, die wie Deutschland als potenzielle Rückkehrländer zu betrachten, müssten rechtzeitig Pläne erarbeiten, die das Zusammenleben von Mensch und Wildtier regeln. Insbesondere die einzelnen Bundesländer sollten sich um Pläne kümmern, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Etliche zentraleuropäische Länder wie Italien, die Schweiz, Slowenien, die Slowakei oder Polen, in denen noch Wölfe, Bären oder Luchse leben, könnten auf vielfältige Management-Erfahrungen zurückgreifen. Aus Sicht des NABU sollen sich die hiesigen Behörden dieses Wissen zu Nutze machen.

Seit Beginn der 1990er Jahre versuchen früher ausgerottete Wildtiere erneut in Europa Fuß zu fassen. Dank ihrer Anpassungsfähigkeit finden diese Tiere jetzt den Weg zurück. Wölfe wandern aus Polen ein, Luchse kommen im Bayerischen Wald über die tschechisch-deutsche Grenze oder versuchen in der Pfalz und im Schwarzwald neue Lebensräume zu besiedeln. Jüngstes Beispiel war die Einwanderung des Braunbären Bruno.

Straßen erschweren Wiederansiedlung

Ein großes Problem für die wiederkehrenden Wildtiere ist laut NABU die starke Zerschneidung der Landschaft durch den Straßenbau. Lärmschutzwände und Wildschutzzäune hindern Bär, Luchs und Wolf am Wandern. Deswegen erarbeitet der Naturschutzbund derzeit einen bundesweiten Wildwegeplan. „Darin tragen wir das Wissen um die Wanderwege der Tiere zusammen und werden Vorschläge zur besseren Vernetzung ihrer Lebensräume machen“, so der NABU-Präsident. (ez) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Wildtierexperte Ralf Schulte, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-27
eMail: ralf.schulte@nabu.de
www.nabu.de

Ein Fünftel aller Vogelarten in ihrem Bestand bedroht

Ornithologenkongress sieht Intensiv-Landwirtschaft als Hauptursache

Die Artenzahl der Vogelwelt geht stark zurück. Jacques Blondell, Präsident des 24. Internationalen Ornithologenkongresses (IOC) 2006 in Hamburg, sprach von einer „Krise der Vielfalt“. Von den weltweit existierenden 10.000 Vogelarten seien rund 2.000 in ihrem Bestand gefährdet. Die Zahl der gefährdeten Arten steige schnell an. 2005 wurden 175 Vogelarten neu zu den gefährdeten Arten gezählt. Laut dem ehemaligen IOC-Präsidenten Peter Berthold ist dies die höchste Zahl, die je genannt worden ist.

Radikale Unkrautvernichtung zerstört Lebensräume

IOC-Generalsekretär Franz Bairlein betonte, dass nicht nur seltene Arten bedroht seien. So habe sich zum Beispiel die Zahl der Stare in Deutschland in den letzten 50 Jahren um 75 Prozent reduziert. Die Zahl der Feldlerchen habe sich in diesem Zeitraum halbiert. Die Ornithologen fordern daher entschlossenes politisches Handeln. „In Deutschland wissen wir ziemlich genau Bescheid über miese Populationsraten. Es krankt daran, dass die Politiker unsere Erkenntnisse gar nicht umsetzen“, kritisierte Ex-IOC-Präsident Berthold. „Wenn wir beispielsweise zehn Prozent Unkraut-Toleranz hätten, dann gäbe es auch wieder das Rebhuhn auf den Feldern.“

Weitere Ursachen: Verkehr, Tourismus, Klimawandel

Die Ursache des Rückgangs der Artenzahl sei der Mensch, so Berthold weiter. Durch Landwirtschaft mit radikaler Unkrautvernichtung, Verkehr, Tourismus und durch die Abholzung der Wälder werde der Lebensraum vieler Vogelarten zerstört. Auch der Klimawandel verändere die Vogelwelt, indem Lebensräume sich verändern oder verschwinden. (nh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Ornithologen-Gesellschaft, Wilhelmshaven
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55
eMail: webmaster_do-g@web.de
www.do-g.de

Käfighaltung jetzt in Kleinvoliere

Neue Legehennenverordnung in Kraft
Seit Anfang August ist die Neuordnung der Legehennenverordnung in Kraft. Darin wird ein Verbot von Legebatterien festgelegt. Dafür dürfen Hühner künftig in sogenannten Kleinvoliere gehalten werden. Ein generelles Verbot der Käfighaltung wird damit erst 2008 in Kraft treten.

Agrarministerium: Abwanderung der Eierproduktion wurde abgewendet

Begründet wird die Änderung des Gesetzes vor allem damit, dass andernfalls eine Abwanderung der Eierproduktion in Staaten mit niedrigeren Tierschutzaufgaben drohe. „Wir hätten also die Eier aus konventioneller Käfighaltung in Deutschland weiter gegessen und hätten nur die Produktion aus Deutschland vertrieben“, sagte Agrar-Staatssekretär Gert Lindemann.

Tierschützer, Grüne und zwei Länder halten Gesetz für verfassungswidrig

Kritik an dem Neuentwurf kommt von Tierschützern und zwei Landesregierungen. Rheinland-Pfalz und Hessen sind gegen die neue Verordnung, die im April vom Bundesrat beschlossen wurde. Rheinland-Pfalz prüft, ob eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben könnte.

Auch die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn hält die Einführung der Kleinvoliere für verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte 1999 entschieden, dass Legehennen ihre natürlichen und arttypischen Verhaltensweisen ausleben können müssen. Der Deutsche Tierschutzbund führt gegen die neue Legehennenhaltungs-Verordnung außerdem an, dass die geschützte Eiablage im Nest in den Kleinvoliere nicht möglich sei. (ez)

• Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41
eMail: presse@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de

Kurzmeldungen

Förderpreise für vier Nachwuchswissenschaftler

Mitte Juli wurden zum fünften Mal die Förderpreise Wissenschaft der Gregor Louisoder Umweltstiftung für Studenten in umwelt- bzw. naturschutzrelevanten Studiengängen verliehen. Die Förderpreise werden für Abschlussarbeiten in den Studienschwerpunkten Biologie/Geo- und Umweltwissenschaften, Forst- und Agrarwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften vergeben. Jeweils 2500 Euro Preisgeld erhielten Isabella Haidle (Gemeinschaftsbewerbung mit Christoph Arndt, „Urbane Gärten in Buenos Aires“), Inga Krämer („Verrohrte Fließgewässer - mögliche Lösungen und deren ökonomische Auswirkungen im Peene-Einzugsgebiet“) und Till Töpfer („Energetische Verwertbarkeit von Nadeln eingebürgerter Koniferenarten als Winternahrung des Auerhuhnes“). Mit den „Förderpreisen Wissenschaft“ will die Stiftung Nachwuchswissenschaftler ermutigen, Themen und Problemfelder zu bearbeiten, die nicht automatisch eine Industriekarriere oder Begeisterung bei potenziellen Arbeitgebern in der Verwaltung versprechen. (mr)

● Gregor Louisoder Umweltstiftung, München, Tel. 089 / 54212142, www.umweltstiftung.com

Naturschützer wollen Europäische Sumpfschildkröte neu ansiedeln

Die europäische Sumpfschildkröte ist in Deutschland nahezu ausgerottet worden. Um das Aussterben zu verhindern, haben Naturschützer nun begonnen, die Schildkröte neu anzusiedeln. Bereits Mitte der Neunziger Jahre hatte der Naturschutzbund (NABU) ein Artenschutz-Programm ins Leben gerufen. Nun sollen rund 500 Exemplare an zwölf Standorten ausgesetzt werden. Die meisten liegen in Naturschutzgebieten und werden regelmäßig von Betreuern kontrolliert. Zum Teil wurden auch neue Gewässer angelegt oder sandige Eiablageplätze geschaffen. Gründe für das Aussterben sind vor allem Landschaftszersiedlung und Verkehr. Die noch vorhandenen 400 frei lebenden Exemplare halten sich derzeit vorwiegend in gewässerreichen Regionen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auf. (ez)

● NABU Hessen, Wetzlar, Tel. 0644 / 679040, www.hessen.nabu.de

Lesenswert

Ergebnisorientierte Honorierung ökologischer Leistungen im Grünland

Artenreiche Wiesen und Weiden können oft nur durch finanzielle Förderung erhalten werden. Diese Förderprogramme sind meist mit Nutzungsaufgaben verknüpft und somit handlungsorientiert. Durch einen Wandel zu ergebnisorientierten Förderprogrammen, bei denen das Bewirtschaftungsergebnis im Vordergrund steht, können Flexibilität und Einfachheit der Programme gesteigert und Maßnahmen zudem besser auf die aus Naturschutzsicht wertvollen Flächen gelenkt werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Alfred-Toepfer-Akademie für Naturschutz (NNA). Der Bericht informiert über Hintergründe und mögliche methodische Vorgehensweisen zur Umsetzung ergebnisorientierter Förderprogramme. Ergänzt wird das Heft durch Situationsbeschreibungen aus dem Bundesgebiet. (nh)

Keienburg, T.; Most, A.; Prüter, J. (Hg.): Entwicklung und Erprobung von Methoden für die ergebnisorientierte Honorierung ökologischer Leistungen im Grünland Nordwestdeutschlands, NNA-Berichte, Schneering 2006, 257 S., 10,- Euro, ISSN 0935-1450

Bäume des Jahres 1989-2006

Seit 1989 gibt es den Baum des Jahres. Der erste „Jahresbaum“ war die Stieleiche. Das Kuratorium Baum des Jahres (KBJ) hat jedes Jahr eine Reihe von Informationen zum aktuellen Baum geliefert. Jetzt hat es eine Broschüre veröffentlicht, die alle bisherigen Jahresbäume gebündelt vorstellt. In „Bäume des Jahres“ wird jeder Baum mit seinen typischen Merkmalen wie Blatt, Blüte, Frucht, Rinde oder Knospe auf einer Doppelseite beschrieben. Außerdem enthält jeder Eintrag Angaben über die Nutzung und Bedeutung in der Holzverarbeitung, der Heilkunde, der Mythologie und im Brauchtum. Das Heft ist mit farbigen Fotos illustriert. (nh)

KBJ (Hrsg.): Bäume des Jahres - 1989 bis 2006, Marktredwitz 2006, 3,- Euro (9er Pack 10,- Euro), Bezug: www.baum-des-jahres.de/bestell.html oder Robin Wood, Langemarckstr. 210, 28199 Bremen, Tel. 0421 / 5982-88, Fax -872, eMail: info@robinwood.de, www.robinwood.de

Masterplan für Güterverkehr in Arbeit

Verkehrsminister Tiefensee will Logistikbranche schützen

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee plant ein Gesamtkonzept für den Güterverkehr auf Straße und Schiene sowie in Luft und Wasser. Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, der Kommunen und der Gewerkschaften will er bis Ende 2007 einen Masterplan Güterverkehr und Logistik erarbeiten. Bei dem Konzept stehen die Transportunternehmen im Mittelpunkt, für die laut Tiefensee kostengünstige, effiziente Transportmöglichkeiten entscheidend sind. Der Minister begründet den Masterplan mit der Bedeutung der Logistikbranche. Mit einem jährlichen Umsatz von rund 170 Milliarden Euro und mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten ist sie die zweitgrößte Industriebranche in Deutschland. Experten prognostizieren, dass sich der Güterverkehr in den nächsten 10 Jahren verdoppelt.

Wettbewerb hat Vorrang vor Sozial- und Umweltstandards

Die Gewerkschaft Transnet unterstützt den Ansatz, Umweltverbände hingegen betrachten ihn kritisch. Das sei eine eindeutige Ausrichtung der Verkehrspolitik an den Interessen der Wirtschaft, hieß es beim BUND. In dem Papier stehe zwar, es sei wichtig, dass Sozial- und Umweltstandards eingehalten würden. Aber die Einhaltung dieser Standards solle nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen. Der VCD befürwortet das „integrative Herangehen“, fordert aber eine direktere Beteiligung der Umweltverbände. Der Masterplan könne nur funktionieren, wenn er Faktoren wie Spritpreise, die Kosten für den Straßenbau, aber auch die ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten berücksichtige. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Protest gegen Steuergelder für Fluggesellschaften

Münchener Flughafen-Anwohner reichen Beschwerde in Brüssel ein

Anwohner des Flughafens in München haben bei der EU-Kommission eine Beschwerde eingereicht. Die Beschwerdeführer wollen prüfen lassen, ob die Zuschüsse für Treibstoff auf Langstreckenflügen eine wettbewerbsverzerrende Beihilfe sind. Der Hintergrund: Damit der Münchener Flughafen zum internationalen Luftverkehrsdrehkreuz wird, zahlen die staatseigenen Betreiber Zuschüsse für das Kerosin. Pro 1.000 Liter Flugbenzin fließen 14 Euro.

Kosten sind erst bei zwei Millionen Fahrgästen gedeckt

Solche Subventionen erhalten die Fluggesellschaften auch auf anderen deutschen Flughäfen. Das nutzen vor allem die 39 Regionalflughäfen, von denen zahlreiche Billig-Airlines starten. Die meisten wirtschaften nach Angaben des umweltorientierten Verkehrsclubs VCD nicht kostendeckend. Das Defizit tragen die Steuerzahler. Nach Berechnungen der EU-Kommission kann ein Flughafen wirtschaftlich betrieben werden, wenn er jährlich von einer halben bis zwei Millionen Reisenden genutzt wird. Die Konkurrenz unter den Regionalflughäfen, dieses Ziel zu erreichen, führte zu einem regelrechten Subventionswettlauf in den einzelnen Bundesländern.

Die EU-Kommission versucht schon länger die Subventionen zu stoppen. Nach ihrer Vorgabe müssen staatlich betriebene Flughäfen ihre Gebühren so kalkulieren, dass sie keine Verluste machen. Seit Herbst 2005 dürfen Flughäfen den Gesellschaften nur noch bei neuen Verbindungen drei Jahre lang höchstens 50 Prozent der Kosten zahlen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Ulrich Kohnen, Projektleitung Flugverkehr, Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: ulrich.kohnen@vcd.org
www.vcd.org

Alpenverein protestiert gegen Schwarzbauversuch

Illegaler Bau von Gletscher-Talabfahrt in letzter Minute verhindert

Der Deutsche Alpenverein (DAV) will jegliche Rechtsmittel auszuschöpfen, um den Bau der Talabfahrt des Pitztaler Gletschers an der österreichisch-deutschen Grenze zu verhindern. Nach Angaben des DAV hatten die Pitztaler Gletscherbahnen Ende Juli versucht, ohne Genehmigung mit dem Bau der Talabfahrt zu beginnen. Verhindert wurde der Schwarzbau nur durch die schnelle Reaktion der Tiroler Landesrätin Anna Hosp.

DAV fordert: Keine weiteren Liftanlagen auf Alpengletschern

Der DAV lehnt den Bau der Talabfahrt als einen „nicht zu rechtfertigenden Eingriff in den alpinen Naturhaushalt“ ab. Auch die Landesregierung von Tirol hatte sich im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gegen das Bauvorhaben ausgesprochen und die Genehmigung verweigert. Die Pitztaler Gletscherbahn hatte gegen diesen Bescheid Berufung eingelegt. Die Gletscherbahn begründet das Bauvorhaben mit einer Verbesserung der Sicherheit der Skifahrer: Im Notfall sollen die Skifahrer über die Abfahrt ins Tal gelangen. Der Alpenverein bezweifelt dies. Gerade während der Hauptsaison der Gletscherskigebiete im Oktober und November sei die Abfahrt in der Regel noch schneefrei.

Der DAV tritt dafür ein, dass die Alpengletscher nicht mit weiteren Liftanlagen bebaut werden und als natürlicher Lebensraum bestehen bleiben. Das Gebiet zwischen Pitztal und Ötztaler Gletschern ist die letzte großräumige Fläche der Region, die noch frei von Anlagen ist. (nh) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Alpenverein (DAV), Naturschutzreferent Stefan Witty, Von-Kahr-Str. 2-4, 80997 München
Tel. 089 / 14003-0, Fax -23
eMail: stefan_witty@alpenverein.de
www.alpenverein.de

Kurzmeldungen

München: Transrapid verteuert sich drastisch

Das Wirtschaftsministerium in Bayern und das Bundesverkehrsministerium haben der Deutschen Bahn und der Industrie offenbar bis zu 1,665 Milliarden Euro für den Bau der Transrapid-Strecke vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen der Stadt zugesagt. Das berichtete das Magazin Stern im Juli. Die Bahn selbst wolle 185 Millionen Euro beisteuern. Das sind 10 Prozent der auf 1,85 Milliarden Euro veranschlagten Kosten der Magnetschwebebahn. Diese Restfinanzierung wurde laut Stern bereits im Sommer 2005 zwischen dem Bund, Bayern und der Bahn beschlossen. Der Betrag ist mehr als doppelt so hoch wie die in den Parlamenten abgestimmten und der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Summen. Bisher war von 550 Millionen Euro vom Bund und 185 Millionen von Bayern die Rede. (mbu)

Quelle: Stern, 11.07.06

Grüne fordern schnellere

Lärmsanierung der Schienenwege

Bündnis 90/Die Grünen fordern ein Aktionsprogramm gegen Schienenlärm. Die Bundestagsfraktion verlangte in einem Antrag, das Lärmsanierungsprogramm des Bundes deutlich aufzustocken und die Schienenwege schneller zu sanieren. Rund zehn Prozent des Schienennetzes der Bahn, etwa 3.500 Kilometer, müssen laut Antrag lärmsaniert werden. Seit 1999 seien jedoch noch nicht einmal 100 Kilometer saniert worden. Bei gleich bleibendem Tempo würde die Sanierung fast 100 Jahre dauern, so die Fraktion unter Hinweis auf Schätzungen des DNR. Dies sei angesichts der Verkehrszunahme und des Ziels, Verkehr auf die Schiene zu verlagern, nicht akzeptabel. Die Deutsche Bahn AG beziffert die Sanierungsdauer nach Darstellung der Fraktion auf lediglich 40 Jahre. Da das deutsche Streckennetz auch von vielen ausländischen Waggons genutzt werde, müsse die Umrüstung im Sinne der EU-Lärminderungspolitik als europaweites Programm organisiert und finanziert werden, betonen die Abgeordneten. Technische Möglichkeiten, den Schienenlärm direkt an der Quelle zu mindern, seien heute schon vorhanden. (nh)

Quelle: Das Parlament, 7.8.2006

Dresden setzt Weltkulturerbe-Titel aufs Spiel

Voraussichtlich wird der Streit um den Bau der Waldschlösschenbrücke im Dresdener Elbtal vor Gericht geklärt. Die Stadtverwaltung Dresden legte Widerspruch ein gegen den Stadtratsbeschluss vom 10. August, wonach der Baubeginn gestoppt wurde. Die Verwaltung verwies auf den Bürgerentscheid für die vierspurige Straßenbrücke. Das Regierungspräsidium unterstützt dies und will den Baustart für die Brücke durchzusetzen. Nach Ansicht der Behörde ist der Stadtratsbeschluss rechtswidrig. Vermutlich wird der Stadtrat Klage dagegen einreichen. Die Kulturorganisation der Vereinten Nationen Unesco hatte beschlossen, das Elbtal bei einem Bau der aus Denkmalschutzsicht umstrittenen Brücke von der Liste der Welterbestätten zu streichen. (mbu)

Quelle: MDR, 15.08.06

► www.welterbe-retten.de

Umweltministerium empfiehlt Natururlaub in Deutschland

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat zwei Broschüren veröffentlicht, die Anregungen und Empfehlungen für einen Urlaub in Deutschland enthalten. Das BMU weist darauf hin, dass Urlaub im eigenen Land nicht nur die Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen vermindert, sondern auch der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Tourismus sei ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland, der rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Die Ferien in Deutschland mit seiner Vielzahl einzigartiger Landschaften zu verbringen sei eine Alternative zu Fernreisen. Das will auch die BMU-Broschüre „Natururlaub in Deutschland“ zeigen. Ferner sei die Urlaubszeit für viele Menschen auch die Hauptsaison für Sport in der Natur, so das BMU weiter. Darüber, wie Naturräume bei der Ausübung von Sport in der Natur vor Übernutzung geschützt werden können, informiert die Broschüre „Natur bewegt - Natursport in Deutschland“. (nh)

BMU, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

■

Lesenswert

Strategien für einen zukunftsfähigen ÖPNV zwischen Markt und Politik

Bei jährlich rund 10 Milliarden Fahrgästen und etwa 9 Milliarden Euro Einnahmen stellt der ÖPNV in Deutschland einen wichtigen Wirtschaftszweig dar und besitzt einen hohen Stellenwert für die Mobilität der Bürger/innen. Doch der Kostendruck und die Mobilitätsansprüche steigen. Somit sieht sich der ÖPNV großen Herausforderungen gegenüber. In dem Sammelband „Wege zu einem zukunftsfähigen ÖPNV“ aus der Reihe „Verkehr und Technik“ werden Strategien und Konzepte aufgezeigt, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann. Außerdem werden Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends dargestellt. Die verschiedenen Autoren widmen sich in zehn Beiträgen Themen wie Marktentwicklung, Finanzierung, Entwicklung des Pendlerverkehrs oder Weiterbildungsmöglichkeiten im ÖPNV. (nh)

R. Lasch, A. Lemke (Hrsg.): Wege zu einem zukunftsfähigen ÖPNV - Rahmenbedingungen und Strategien im Spannungsfeld von Markt und Politik, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2006, 317 S., 49,80 Euro, ISBN 978-3-503-09709-8

■

Tiere der Ostsee von Hitze und Landwirtschaft bedroht

Deutsche Umwelthilfe fordert EU-weite Agrarreform

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger (GSM) fordern der Überdüngung der Ostsee durch eine EU-weite Agrarreform entgegenzuwirken. Die hohen Temperaturen und ein starker Nährstoffeintrag aus der Intensivlandwirtschaft der Ostseeanrainerstaaten lösten eine biologische Kettenreaktion aus. Diese bedroht die Tierwelt der Ostsee. Es entwickelten sich große Mengen an Blaualgen. Diese Algenart enthält giftige Blausäure und findet zurzeit optimale Bedingungen für eine schnelle Vermehrung und Verbreitung.

Industrielle Landwirtschaft hebt natürliche Wachstumsgrenzen auf

Nitrate und Phosphate wirken in der Natur normalerweise als limitierende Faktoren und begrenzen so das Algenwachstum. „Die Düngemittel der modernen Landwirtschaft sorgen aber in fast allen Gewässern für eine Überdüngung“, erklärte die Vorsitzende des GSM, Petra Deimer. Die natürlichen Regulationsmechanismen wirkten daher nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt.

Die Algenblüte der Blaualgen in der Ostsee wird irgendwann zusammenbrechen. Die abgestorbenen Algen sinken auf den Grund und werden dort von Mikroorganismen unter hohem Verbrauch von Sauerstoff abgebaut.

Von dem daraus resultierenden Sauerstoffmangel betroffen sind Fische und andere Lebewesen, wie Krebse, Seepocken oder Miesmuscheln, die unter normalen Umständen eine reinigende Filterfunktion im Wasser erfüllen. Die von den sterbenden Algen freigesetzte Blausäure kann sogar Wasservögel schädigen, die von dem vergiftetem Wasser trinken. (nh) ■

• Weitere Informationen

Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger (GSM), Kieler Str. 2, 25451 Quickborn
Tel. 04106 / 620-601, Fax -907
eMail: info@gsm-ev.de
www.gsm-ev.de

Gutachten zu deutschen Seehäfen

Kritik der Umweltverbände bestätigt

Das Ende 2004 in Auftrag gegebene Gutachten des Bundesumweltministeriums (BMU) „Nachhaltigkeitsaspekte der nationalen Seehafenkonzeption“ bestätigt die Umweltverbände Aktionskonferenz Nordsee (AKN) und Rettet die Elbe (RdE), die seit Jahren ein abgestimmtes Hafenkonzept an der deutschen Nordseeküste fordern. Unter anderem wurde konstatiert, dass der Trend zu immer größeren Containerschiffen anhalten wird. Dabei wurde festgestellt, dass Containerschiffe mit einer Kapazität von 8.000 TEU am wirtschaftlichsten sind, weshalb weitere Elbe- und Weservertiefung aus der Sicht von AKN und RdE nicht mehr erforderlich sind.

Fehlinvestitionen sollen verhindert werden

Wie RdE und AKN kommt das Gutachten auch zum Schluss, dass mehr Transparenz bei staatlicher Subvention nötig ist, um die Gefahr von Fehlinvestitionen zu verhindern. Laut Gutachten ist „der Kostendeckungsgrad der staatlichen Hafeninfrastruktur (in Hamburg, Bremen und Niedersachsen) mit rund 30 % sehr niedrig“. Der extreme Wettbewerb der deutschen Nordseehäfen untereinander müsse gesteuert und das Auftreten gegenüber den Hauptkonkurrenten Rotterdam und Antwerpen abgestimmt werden.

WWF kritisiert mangelnde Berücksichtigung von Umweltfragen

Der WWF fordert die Bundesregierung dazu auf, den Naturschutz in der Seehafenpolitik ausreichend zu berücksichtigen, da das Gutachten alle wichtigen Umweltfragen ausklammere. „Jedes Bundesland baggert und baut, ohne nach links und rechts zu schauen. Daran ändert auch der neue Report nichts. Dieser Wettbewerb um die größten Containerschiffe der Welt ist überflüssig, kostet Milliarden und schädigt Flüsse und Küsten der Nordseeregion“, so WWF-Expertin Beatrice Claus. (mr) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Beatrice Claus, Am Güthpol 11, 28757 Bremen
Tel. 0421-65846-19
eMail: claus@wwf.de
www.wwf.de

Kurzmeldungen

Umweltaktivisten besetzen Elbe-Baustelle in Aken

Rund 50 Umweltaktivisten haben Anfang August in Aken (Sachsen-Anhalt) symbolisch eine Baustelle an der Elbe besetzt. Sie forderten Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auf, die laufenden Baumaßnahmen an dem Fluss umgehend zu stoppen. „Es ist sinnlos, tonnenweise Schottersteine in die Elbe zu kippen, wenn kaum noch Güterschiffe fahren können, weil dem Fluss immer öfter die nötigen Wassermengen fehlen“, erklärte Jutta Röseler, Sprecherin des Elbe-Saale-Aktionsbündnisses. Wenn die Wasserstraße Elbe jährlich 44 Millionen Euro Kosten verursache, aber nur noch 1,5 Millionen Tonnen Güter transportiert würden, sei das eine eklatante Verschwendung von Steuergeldern. Dieser Sommer habe die Auswirkungen des Klimawandels an der Elbe deutlich gezeigt, sagte Röseler. Das ursprüngliche Ziel, die ganzjährige Schifffbarkeit der Elbe für Güterschiffe, rücke in immer weitere Ferne. (nh)

Quelle: ngo-online, 17.8.2006
Aktionsbündnis Elbe-Saale, Tel. 03928 / 28477, eMail: elbe-saale@t-online.de, www.netzwerk-flusslandschaft.de/elsa

■

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

September

12.9., Bonn

Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung

Symposium; Forum Umwelt & Entwicklung
Tel. 0228-359704, Fax -92399356
info@forumue.de
www.forumue.de

12.9., Berlin

Kostensenkung und Klimaschutz durch Energieeffizienz in der mittelständischen Industrie

Ökotec Energiemanagement, Deutsche Umwelthilfe, meidmeid&partner, IFOK
Tel. 030 / 258986-11, Fax -19
berlin@duh.de
www.energieeffizient.com/
Einladung_12_09_2006.pdf

13.9., Berlin

Konferenz: Ökologische Finanzreform und große Koalition

Friedrich-Ebert-Stiftung, Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)
Tel. 0228 / 8832-22, Fax -99
margit.durch@fes.de
www.foes.de/downloads/KonferenzNachhaltigeFinanzpolitik.pdf

14./15.9., Paderborn

8. UVP-Kongress

UVP-Gesellschaft e.V.
Tel. 02381 / 521-29, Fax -95
info@uvp.de
www.uvp.de

14.9., Köln

Radverkehrskongress 2006: Lust auf City - Neue Strategien für urbane Mobilität

AG Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen
Tel. 02151 / 8642-83, Fax -69
info@fahrradfreundlich.nrw.de
www.fahrradfreundlich.nrw.de

14.9., Hamburg

Was können wir für den Klimaschutz tun - „Grüner Strom“ als Chance für die Umwelt?

Kirchenkreis Stormarn
Tel. 040 / 605-1014, Fax -2538
schoenberger@haus-am-schueberg.org

15./16.9., Bielefeld

Mangel und Überfluss - Medikamente in Nord und Süd

Symposium; Bundeskoordination Entwicklungspolitik (BUKO)
Tel. 0521-60550, Fax -63789
25@bukopharma.de
www.bukopharma.de

15.-24.9., bundesweit

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Tel. 030 / 62980-120, Fax -9183
aktionswoche@b-b-e.de
www.engagement-macht-stark.de

16.9., Neumünster

Naturschutztag Schleswig-Holstein: Naturschutz und Klimawandel

Fachtagung; Akademie für Natur und Umwelt, Petra Simon
Tel. 04321 / 9071-42, Fax -32
anmeldung@umweltakademie-sh.de
www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67278

20.9., Berlin

Kongress: Freiwilligendienste fördern

SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement
Tel. 030 / 22773729
ute.kumpf@bundestag.de

21.9., Potsdam

Architekten der Landschaft - Architekturen der Landschaft

DGGL Berlin-Brandenburg, Berlin
Tel. 030 / 91707782
dggberlin@aol.com

21.-23.9., Dessau

Deutscher Landschaftspflegetag: Lebendige ländliche Räume mitgestalten

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V., Ansbach
Tel. 0981 / 46533540
info@lpv.de
www.lpv.de

22./23.9., Berlin

Wettbewerb für Nachhaltigkeit

Öko-Institut e.V., Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 45295-0, Fax -88
event@oeko.de
www.oeko.de/jahrestagung

24.-27.9., Friedrichshafen am Bodensee

Solar-Lakes-Konferenz

Global Nature Fund, Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -88
info@globalnature.org
www.globalnature.org/slk

26.-28.9., Bochum

Integriertes

Wasserressourcen-Management

Int. Symposium; International Association of Hydrological Sciences (IAHS) - International, Commission on Water Resources Systems (ICWRS), Jena
Tel. 03641 / 35332-21, Fax -71
water@conventus.de
www.conventus.de/water

28.-30.9., Berlin

Wege aus der Klimafalle

Int. Kongress; Heinrich-Böll-Stiftung, Andrea Peschel
Tel. 030 / 40048482
andrea@boellstiftung.org
www.kyotoplus.org

28.9.-1.10., Augsburg

Renexpo/IHE Holz-Energie/ReConstruct

Messen und Veranstaltungen zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz; Reeco GmbH
Tel. 07121 / 30160
neidlein@energie-server.de
www.renexpo.de

28.9., Ammersbek bei Hamburg
Getreide: heimisch und weltweit - Die Vielfalt traditioneller Gerichte genießen
 Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN), BUKO Agrar, BUND Hamburg, Ökomarkt e.V.
 Tel. 040 / 605-1014, Fax -2538
 umwelthaus@haus-am-schueberg.org

30.9.-2.10., Weimar
4. Regiogeld-Kongress
 Regioprojekt e.V.
 Tel. 03643 / 583923
 regioprojekt@livingcity.de
 www.regiogeldkongress.de

30.9., Hannover
Forum Biodiversität
 BUND, Berlin
 Tel. 030 / 275864-65, Fax -40
 doris.eberhardt@bund.net
 www.bund.net/lab/reddot2/termine_5720.htm

Oktober

1.10.2006-1.10.2007, Verden/Aller
DNR Kurs Zukunftspiloten
 DNR, Rasmus Grobe, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@zukunftspiloten.de
 www.zukunftspiloten.de

6.10., Berlin
Umweltforum für mehr Produkttransparenz
 Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe (Arge KdR)
 Tel. 0700 / 12345621
 info@argekdr.de
 www.positivlist.com/download/Berlinforum.pdf

12./13.10., Bonn
Bioenergie - Nachhaltigkeit als Herausforderung
 Forum Umwelt und Entwicklung
 Tel. 0228 / 92399350
 ck.paetzold@forumue.de
 www.forumue.de

18./19.10., Berlin
Energieeffizienz und Biodiversität
 Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination
 Tel. 030 / 443391-85, Fax -80
 bjela.vossen@dnr.de
 www.eu-koordination.de

19./20.10., Berlin/Großräschen
Landscape matters
 Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)
 Tel. 030 / 2787 150
 info@bdla.de
 www.bdla.de/nachricht148_11.htm

20./21.10., Bonn
Aktionskonferenz: Gerechter Welthandel
 Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne
 Tel. 0228 / 3681010, Fax -92399356
 projekt@gerechtigkeit-jetzt.de
 www.gerechtigkeit-jetzt.de

20./21.10., Köln
Nahrung - ein einklagbares Menschenrecht
 FIAN Deutschland
 Tel. 0221 / 70200-72, Fax-32
 u.hausmann@fian.de
 www.fian.de

25.-27.10., Freiburg/Br.
ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement
 FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
 Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333
 registration@forestxchange.org
 www.forestxchange.org

26./27.10., Berlin
Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert: Schutz öffentlicher Güter
 Int. Konferenz; Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Tel. 030 / 44310145
 meier@rosalux.de
 www.rosalux.de

26./27.10., Bonn
Vorbereitungs-Workshop zur CBD-COP 9
 Workshop zur Vorbereitung auf die internationale Biodiversitätskonferenz in Deutschland 2008; Forum Umwelt & Entwicklung, Susanne Gura
 Tel. 0228 / 9480670
 gura@dinse.net

27.10., Bonn
30 Jahre naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
 Deutscher Rat für Landespflege (DRL)
 Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727
 drl-bonn@t-online.de
 www.landesspflege.de

30./31.10., Gelsenkirchen
Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien
 Eurosolar und World Council for Renewable Energy
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
 info@eurosolar.org
 www.eurosolar.org

November

3./4.11., Hannover
RegioSolar-Konferenz 2006
 RegioSolar
 Tel. 030 / 2977788-20, Fax -99
 info@regiosolar.de
 www.regiosolar.de

10.-12.11., Bad Boll (Württemberg)
Zukunft ohne Arbeit - Arbeit ohne Zukunft
 Evangelische Akademie Bad Boll
 Tel. 07164 / 79217
 birgit.schatz@ev-akademie-boll.de
 www.ev-akademie-boll.de

23.11., Wuppertal
SCORE launch conference
 Sustainable Consumption Research Exchanges (SCORE)
 Tel. 0031 / 152-695450, Fax -763024
 arnold.tukker@tno.nl
 www.score-network.org
 (ez) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit allen Links) gibt es auch im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Arte-Umweltsendungen

u.a. Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO
www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html („Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 1.45 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 12.10-12.35, ZDF
Sa, 16.50-17.20 Kika
www tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/
(„Archiv“)

Natur+Technik

Mo-Fr 8.30, HR 2 (Hessischer Rundfunk)
www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902
www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564

SWR-Umweltsendungen

Verschiedene Sendeplätze, SWR (Südwestrundfunk)
www.swr.de/ratgeber/essen
www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

Sa 18.00-19.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de) Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijojo.de
www.grasloewe.de
(mb) ■

Information und fachlicher Austausch

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe
www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern. www.gruenes-forum.net
(mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds: Geld aus Brüssel für den Umweltschutz (in Vorbereitung)	10.06
Der Rat der Europäischen Union: Wie arbeitet der EU-Ministerrat?	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf Initiativen aus Brüssel zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Lob der Vielfalt

Global

- Putins nukleare Pseudodemokratie von Wladimir Sliwjak, Moskau
- WTO-Verhandlungen vorerst gescheitert
- Weltbank schließt Umweltaeilung

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Umweltpolitische Strategien der EU-Kommission für 2007
- Europäische Umweltverbände: Forderungen für 2007
- Der G8-Gipfel 2007 in Deutschland
- Deutsche Nord-Süd-Verbände fordern globale Energiewende

EU-Politik, Recht

- Bewertung der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs
- Umweltmusterland Österreich? von Jens Karg, Global 2000
- „Zehn Grüne Prüfsteine“ für die finnische Präsidentschaft
- EU-Umweltministerrat am 27. Juni
- EU-Umweltminister wollen mehr Öko-Effizienz

Abfall, Produktpolitik

- Ausschüsse kritisieren EU-Abfallpolitik
- Abfallrahmenrichtlinie: Klarer und flexibler?
- Elektroschrott: WEEE-Richtlinie wird 2008 angepasst

Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Zulassungsverfahren für Gen-Pflanzen soll besser werden
- Internationaler Saatgutvertrag vollständig
- EU-Parlament will fairen Handel fördern
- Weinmarktreform soll Absatz für EU-Wein steigern

Chemikalien, Emissionen

- EU-Pestizid-Strategie ohne Ziele und Indikatoren
- Umweltverbände fordern Nachbesserungen bei REACH
- Flammschutzmittel in der Kritik
- Chemikalien in Elektrogeräten verboten

Energie, Klima

- Energiesparpotenzial bei Beleuchtung
- Nationale Allokationspläne zu großzügig
- Luftfahrt soll Beitrag zum Klimaschutz leisten
- EU-Treibhausgasemissionen erneut gestiegen

Naturschutz, Biodiversität

- Artenvielfalt schwindet weiter: Keine Fortschritte beim 2010-Ziel
- Große Koalition will keine Vorbildrolle Deutschlands

Verkehr, Tourismus

- Individuelle Mobilität hat Vorrang vor Verkehrswende
- Biokraftstoffproduktion bleibt hinter EU-Zielen zurück
- Arbeiten am Brennerbasistunnel

Wasser, Meere

- Schutz der Gewässer vor gefährlichen Stoffen
- Mangelhafte Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie?
- Dringend gebraucht: „Blaue Korridore“
- Europäischer Fischereifonds „vergisst“ Umweltverbände von Markus Knigge, WWF

Service

- Veröffentlichungen, Ausschreibungen
- EU-Umwelt-Termine

Wegweiser

- EU: Wichtige Adressen und Quellen
- EU: Das Gesetzgebungsverfahren
- EEB: Ansprechpartner/innen im Europäischen Umweltbüro

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind ebenso gehalten, z. B. „EUR 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationssdienst ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

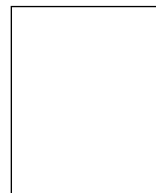
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin